

# FAUST

Magazin der bayerischen Jusos



# KOMMUNALPOLITIK

V O N L I N K S



# 2008 – Ein Jahr der Weichenstellungen

**Liebe Genossinnen und Genossen,**  
 es ist wieder soweit: wir stecken mitten in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes. Wichtig ist, dass wir Jusos nicht nur maßgeblich den Wahlkampf mit frischen Ideen bereichern und mittragen, sondern, dass wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten in die Stadträte und Gemeinderäte bringen. Das Mandat darf jedoch kein Selbstzweck sein - es geht darum, selbstbewusst, sozialdemokratische Politik umzusetzen und zu behaupten.

Die Gemeinde ist kein politikfreier Raum. Kommunalpolitik ist mehr als Marktplatzgestaltung und Ampelschaltungen. Viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker - auch aus den eigenen Reihen - halten Kommunalpolitik für ein "partei freies" Feld. Dabei gilt es auch und gerade in der Gemeinde, Partei zu ergreifen - für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen, Kinder, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren. Gerade in der Kommunalpolitik sind die Auswirkungen politischer Entscheidungen für die Menschen direkt spürbar. Deshalb können wir gerade dort linke Politik konkret erfahrbar machen und die Menschen für unsere Sache gewinnen.

In der Gemeinde gibt es große Gestaltungsspielräume: Wenn es darum geht, ob Stadtwerke, Krankenhäuser oder Bauhöfe privatisiert werden, wenn es um die Behandlung der kommunalen Beschäftigten, um Kindergartenplätze, die Ausstattung von Schulen, Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche oder die Bau- und Stadtplanung geht. Und hier gibt es durchaus Unterschiede zwischen rechts und links. Gerade wir Jusos sind gefordert, uns in diese Diskussionen einzumischen.

Dunja Langer, André Pöhler

## 2008 – Ein Jahr der Weichenstellungen

Schon die Kommunalwahlen am 2. März 2008 sind eine wichtige Etappe auf dem Weg, die Sozialdemokratie in Bayern wieder als Gestaltungskraft zu etablieren: Die BayernSPD stellt bereits jetzt viele erfolgreiche Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Viele Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus den Reihen der Jusos Bayern haben in den letzten sechs Jahren als ehrenamtliche Mitglieder ihrer Gemeinde-, Kreis- und Stadträte an der Gestaltung ihrer Kommunen mitgewirkt und so verdeutlicht, dass sich die hehren Ziele, die so manchem Beschluss einer Juso-Landeskonferenz innewohnen, durchaus auch in praktische Kommunalpolitik umsetzen lassen. Deren Zahl wollen wir bei den anstehenden Wahlen deutlich ausbauen. Es war immer Anspruch der Jusos Bayern, unsere Konzepte einer besseren Politik für die Mehrheit der Menschen nicht nur abstrakt auf geduldiges Papier zu bringen, sondern auch für die Menschen konkret erfahrbar zu machen. Kaum eine Ebene ist hierfür besser geeignet, als die Kommunalpolitik. Hier wird das direkte Umfeld der Menschen, zumeist noch ohne vermittelndes Tätigwerden der „Mediendemokratie“, gestaltet. Gerade hier müssen Jusos deshalb aktiv und präsent sein.

2008 werden aber auch die entscheidenden Weichen im Hinblick auf die Bundestagswahlen 2009 zu stellen sein. Die erste Halbzeit der Großen Koalition ist vorbei. Ihre Bilanz fällt zwiespältig aus.

In wichtigen Politikfeldern konnte den neoliberalen Hardlinern der Union Paroli geboten und Angriffe auf Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewehrt werden. Dass es in dieser Legislaturperiode keine Einschränkungen beim Kündigungsschutz geben wird, war angesichts des Kampfgetöses von CDU/CSU noch im Bundestagswahlkampf 2005 kaum zu erwarten. Auch mit einer deutlichen Ausweitung der BAföG-Förderung konnte man angesichts dessen, dass die jetzige Bundesbildungsministerin das BAföG zu Wahlkampfzeiten noch abschaffen wollte, nicht rechnen. Nachdem man noch zu rot-grünen Zeiten mit konjunkturgerechter Haushaltspolitik nicht gerade verwöhnt wurde, ist mit dem Bundeshaushalt 2006 erstmals seit langem wieder ein antizyklischer Bundeshaushalt beschlossen worden. Hier hat sich der Kampf insbes. der SPD-Bundestagsfraktion genauso gelohnt wie der innerparteiliche und öffentliche Druck der Jusos und ihrer Bündnispartner. Der stetige Kampf für die Einführung von Mindestlöhnen – gegen erbitterten Widerstand der Unternehmensverbände und der Union – macht den Wert einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie für breite Teile der Bevölkerung überdeutlich.

Auf der anderen Seite reißen Gesundheits- und auch Unternehmenssteuerreform nicht gerade zu Begeisterungstürmen hin. Die Diskussionen im Umfeld des Hamburger Parteitag und auch das dort beschlossene Grundsatzprogramm geben jedoch zur vorsichtigen Hoffnung Anlass, die SPD habe die Gründe für die anhaltende Abstinenz ihrer Stammwählerinnen und -wähler bei den letzten Urnengängen erkannt und verstanden. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, deutlich zu machen, dass es sich nicht nur um symbolische oder rhetorische Kurskorrekturen handelt, sondern dass es die Sozialdemokratie ernst meint mit einer Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der sozial Schwachen in diesem Land. Die Nagelprobe Armuts- und insbes. Kinderarmutsbekämpfung muss dabei ganz oben auf die Tagesordnung.

Nach einem starken Jahresauftakt bei den Kommunalwahlen werden wir nahtlos weiter für ein gutes Ergebnis bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen im September kämpfen. Uns allen ist das unbefriedigende Ergebnis der Landtagswahl 2003 im Gedächtnis. Uns allen muss deshalb klar sein, dass sich am Abschneiden bei der diesjährigen Landtagswahl auch das mittelfristige Schicksal der BayernSPD als Volkspartei entscheiden wird.

Die Zweidrittelmehrheit der CSU hat Bayern in den letzten Jahren geschadet. Nahezu die halbe Legislaturperiode fand Politik in der Mehrheitsfraktion und der von ihr getragenen Staatsregierung nicht statt. Statt dessen waren sie mit Intrigenspielen in wechselnder Besetzung und mit wechselnden Allianzen, mit Diadochenkämpfen, Spitzelaffären und Verleumdungskampagnen beschäftigt. An den Universitäten fehlen Studienplätze, die Zahl der HauptschulabgängerInnen ohne Abschluss stagniert auf hohem Niveau, die staatliche Infrastruktur ist vielerorts in einem maroden Zustand, die wirtschaftlichen Probleme Nord- und Ostbayerns werden weitgehend ignoriert, eine moderne Integrationspolitik findet in Bayern nicht statt, dringend benötigten sozialen Einrichtungen fehlt die erforderliche kontinuierliche staatliche Grundfinanzierung und in der Verkehrspolitik soll mit der Münchener Transrapidtrasse ein strukturpolitischer Dinosaurier seine Wiederauferstehung feiern.

Gründe genug also, um sich in den nächsten Monaten mit aller Kraft für eine starke BayernSPD ins Zeug zu legen. Dabei werden wir als Jusos Bayern nicht vergessen, personelle Alternativen zur Yuppie-Truppe der Jungen Union in der Landespolitik zu verankern.

### SEITE

- 3 **MEPHISTO**
- 4 **KOMMUNALPOLITIK – FÜR WEN?**
- 8 **Faust auf Faust**
- 10 **Stadt der Frauen**
- 12 *Die neue Sozialpolitik von unten*
- 14 *Mehr als Sozialhilfe*
- 15 **Stein auf Stein**
- 16 **Interviews**
- 22 **Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**
- 24 *Umweltpolitik in der Kommune*
- 26 *Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
- 28 *Moderne Kommunalpolitik muss interkulturell sein*
- 32 **DAS ABC DER KOMMUNALPOLITIK**
- 33 **DIE SANIERUNG DER KOMMUNALEN FINANZEN – EIN ERFOLGREICHES PROJEKT DER SPD**
- 35 **KOMMUNALE DASEINSVORSORGE: ALLGEMEINWOHL UND DEMOKRATISCHE KONTROLLE ALS GEGENMODELL ZUR PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER LEISTUNGEN**
- 38 *Mehr als nur Schulbänke kaufen: Was kommunale Bildungspolitik alles kann*
- 40 *Ich nähme die Wahl an*
- 42 **EINE NICHT GANZ ERNSTZUNEHMENDE REPORTAGE**
- 44 **GRETFIEN**

### IMPRESSUM

**Herausgeber und Redaktionsanschrift:** Jusos in der SPD - Landesverband Bayern; Markus Grill (V.i.S.d.P.), Landesgeschäftsführer; Oberanger 38 II, 80331 München, Telefon 089 / 23 17 11-37, Fax 089 / 23 17 11-39, e-mail: buero@jusos-bayern.de; **Redaktionsleitung:** Dunja Langer, André Pöhler; **Gestaltung und Layout:** Grafik.Büro Gegensatz, Regensburg; **Druck:** Erhardi Druck, Regensburg; **Auflage:** 3.500 Stück  
**Bildnachweis:** Seite 13 / 23 / 24 / 25 / 31 unten / 36 / 37 / 42 / 43 Hannaleena Pöhler  
 Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserIn dar. Weiterführende Literatur zu den einzelnen Themen bei der Redaktion.



**Thomas Goger**

Bayreuth

Staatsanwalt

**Funktion:**  
Juso-Landesvorsitzender  
Schatzmeister der Bayern-SPD

# KOMMUNAL- POLITIK – FÜR WEN?



„Kommunalpolitik im engen Sinne ist bornierte Kirch-turmpolitik“, mit diesem Zitat spricht Hans See den meisten Jusos vermutlich aus dem Herzen. Kommunalpolitik oder besser lokale Politik ödet Jugendliche an, wird als Spielwiese profilierungssüchtiger Erwachsener begriffen, die bereits alle negativen Zuordnungen eines typischen Politikers mitbringen: Lange Reden halten, ohne etwas zu sagen und noch weniger zu bewegen. Wenn überhaupt, dann ist Kommunalpolitik gerade noch zuständig für das Beheben solcher Ärgernisse wie zum Beispiel klappernde Kanaldeckel.

Das Zitat allerdings geht weiter: „im erweiterten Sinne kann und darf sie sich nur noch als Gesellschaftspolitik verstehen“. Wenn Jusos den Anspruch haben, diese Gesellschaft zu verändern, also Gesellschaftspolitik zu betreiben, dann dürfen sie die unterste staatliche Ebene nicht übersehen oder vernachlässigen. Es gilt zu erkennen, dass erstens Kommunalpolitik keineswegs der ideologiefreie Raum ist, zu dem sie häufig erklärt wird. Und zweitens, dass es für Jusos eine Fülle an Möglichkeiten gibt, eine Politik zu betreiben, die ihren Anspruch auf soziale Gerechtigkeit und vielleicht sogar eine Veränderung der Gesellschaft auch tatsächlich einlösen kann.

## Die ‚unpolitische‘ Politik in der Kommune

Aus der Tradition des 19. Jahrhunderts heraus hat sich eine Idee von kommunaler Selbstverwaltung entwickelt und bis heute gehalten, die Kommunalpolitik als reine Verwaltungsarbeit sehen möchte. Hier wird zwar gewählt und Parteien treten auch zu den Wahlen an, aber die Arbeit sollte doch bitte sachorientiert und ohne Parteiengizank erfolgen. Diese Meinung ist weit verbreitet, auch in der Sozialdemokratie, und verheerend in ihren Auswirkungen. Denn die Annahme, lokale Politik beinhalte keine Interessensvertretung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, führt dazu, die massive und vehemente Interessensvertretung zu übersehen, die tagtäglich stattfindet.

Diese Interessensvertretung wird jedoch gerne mit dem Mäntelchen der angeblichen Sachpolitik umhüllt. Aber der Ort hat keine Interessen, sondern nur die Menschen, die in ihm leben. Und diese Interessen widersprechen sich häufig, widersprechen sich täglich. Damit ist auch das Gerede vom ‚Wohl des Bürgers‘ hinfällig. Denn der ideale Gesamtbürger existiert so wenig in der Kommunalpolitik wie in der ‚großen Politik‘.

## Wem nutzt es?

Es gilt zu fragen: Wer profitiert von den Maßnahmen? Wie sind die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens geregelt? Wenn eine Kommune zum Beispiel Bauland ausweist: Kauft sie den Grund vorher und investiert die erwirtschafteten Mittel in die zu erweiternde Infrastruktur oder überlässt sie die Gewinnsteigerung den Grundbesitzern? Wo wird erweitert und wo nicht? Ist eine Umgehungsstraße geplant, weil an manchen Stellen möglicherweise Menschen mit Einfluss wohnen? Hier muss sich der politische Wille manifestieren, der gesellschaftspolitische Standpunkt der Ratsmehrheit. Es ist eine Frage der Machtverhältnisse, in welcher Form die finanziellen Möglichkeiten einer Kommune genutzt werden. Es ist die Aufgabe der Jusos, diese Interessensbezogenheit der lokalen Politik herauszuarbeiten und aufzudecken. Wir müssen zeigen, welche Gruppierung und welche Mandatsträgerinnen und Mandatsträger für welche Interessen stehen. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die Sozialdemokratie. Anhand der Positionierungen in den strittigen Fragen der lokalen Entwicklung können Jusos für eine deutliche Profilierung sorgen. Erst, wenn öffentlich gefragt wird, warum denn kein Jugendzentrum finanziert werden kann, aber über den Bau einer Tiefgarage nachgedacht wird, kann sich etwas bewegen.

## Wen vertritt die Sozialdemokratie?

Der politische Ansatz einer örtlichen Sozialdemokratie muss in der deutlichen Wahrnehmung der Interessen der abhängig Beschäftigten liegen, der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten und der kleinen Selbständigen. Wenn das nicht der Fall ist, so ist es die Aufgabe der Jusos, die SPD entsprechend zu beeinflussen - ganz im Sinne des Titels des Kommunalpolitischen Arbeitsprogramm der Jusos von 1971: „Kommunalpolitik – für wen?“ . Gesellschaftspolitischer Fortschritt lebt von der Erlebbarkeit und Erfühlbarkeit der reformerischen Erfolge. Theoretische Ansätze sind immer nur als die eine Hälfte anzusehen, die andere Hälfte ist die Umsetzung in praktische Politik.

Das ist in unserer Gesellschaft allerdings nur noch selten in erkennbarer Klarheit zu erreichen. Die Differenziertheit von echten und vermeintlichen Bedürfnissen, die Überschneidungen von Interessenslagen und die neoliberale Propaganda haben ein Klima der Indifferenz geschaffen. In diesem Klima finden sich die Menschen nur noch sehr schwer zurecht und ziehen sich daher aus der Debatte zurück.

Auch immer mehr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten neigen dazu, Realität zu verschleiern. Damit gerät eine sich als fortschrittlich begreifende Partei aber in Gefahr, genau diese Fortschrittlichkeit zu verlieren. Denn sie braucht eine breite öffentliche Diskussion, eine Politisierung der Debatte, auch eine Zuspitzung der unterschiedlichen Interessen. Eine breite Diskussion braucht zunächst die breite Information. Die Jusos und die SPD müssen daher die Vermittlung ihrer Politik überdenken. Aber auch substantielle Forderungen nach Transparenz und Öffentlichkeit des Handelns der Kommune gehören zu den notwendigen Forderungen. Die Nichtöffentlichkeit von Ratssitzungen zum Beispiel ist eigentlich streng eingeschränkt. Trotzdem finden sich in vielen Kommunen viele Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Bereich. Das muss genauso kritisch hinterfragt werden wie die Möglichkeiten der Akteneinsicht für die EinwohnerInnen. Zum letzten Endes der Bürgermeister sogar seinen Räten die Akteneinsicht verbieten kann.

Die Ziele formuliert prägnant das Arbeitsprogramm von 1971: „Linke Kommunalpolitik muss sich zur Aufgabe setzen, der Bevölkerung die notwendigen Freiräume für die Politisierung und aktive Interessensvertretung zu schaffen. Die Kommunalpolitik der Jungsozialisten muss daher in erster Linie die Freiheit des einzelnen, seine Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit im Auge behalten.“ .

## Wie kann eine Kommunalpolitik von links in den Grundsätzen aussehen?

Es sollte sich niemand täuschen: Kommunalpolitik ist nicht nur große Gesellschaftsveränderung. Viele Dinge sind reiner Vollzug von Landes- und Bundesvorschriften. Bei anderen Entscheidungen ist Sachverstand nötig, um für gute Lösungen zu werben. Auch damit kann ganz konkret geholfen werden! Aber es gibt eben auch die



Entscheidungen, die wirkliche Richtungsentscheidungen sind. Sie gilt es zu erkennen, denn hier überschreitet lokale Politik die reine Selbstverwaltung und wird politisch.

Die Jusos sind hier gefragt, denn tatsächlich ist sozialdemokratische Kommunalpolitik vor Ort häufig geprägt von einer ‚Ideologie der Entideologisierung‘. Ein Grund mehr sozialdemokratische Kommunalpolitik von links zu erneuern!

## 1. Interessenbezug und Parteinahme statt Harmonieduselei, borniertem „Pragmatismus“ und „Betroffenheits“-Partikularismus

Dem Aufschwung zum Trotz - die gesellschaftlichen Rahmendaten der letzten Jahre weisen immer stärker daraufhin, dass wir in einer stark ausdifferenzierten, aber im Grunde in einer von widerstreitenden Strukturen geprägten Gesellschaft leben.

Linke Kommunalpolitik heißt deshalb Partei zu ergreifen. Zum Beispiel für die Bildung der Kinder und Jugendlichen, für „schwierige“ Stadtteile, für kommunalen Wohnungsbestand, für eine Daseinsvorsorge, die allen einen Zugang zu den Grundbedürfnissen ermöglicht. Sie muss also an den materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der abhängig Beschäftigten, der großen Mehrheit der Bevölkerung anknüpfen.

Aber Achtung: Parteinahme heißt konsequenterweise auch, den BürgerInnen offen zu sagen, welche Interessen wir nicht vertreten. Das ist konfliktträchtig und erfordert manchmal eine differenzierte Argumentation, die nicht immer so leicht ist.



**Roland Eichmann**

Augsburg  
selbständiger  
Kommunalberater

## 2. „Sagen was ist“ statt Kreisen um den eigenen Kirchturm

Kommunalpolitik prägt Bewusstsein. Entweder das Bewusstsein der Alternativlosigkeit der gesellschaftlichen Zustände und der herrschenden Politik oder - im idealen Fall - das Bewusstsein der Veränderbarkeit der Umstände.

Linke Kommunalpolitik muss deshalb gesellschaftliche Missstände und Fehlentwicklungen klar benennen - unabhängig davon ob sie auf kommunaler Ebene korrigierbar sind oder nicht. Die Kommunalpolitik und ihre Gemeinde-, Kreis- und Stadträte sind eine politische Bühne, die es für die Linke zu nutzen gilt. Die Argumentation kann sich dabei nicht immer auf den kommunalen Rahmen beschränken.

## 3. Klare Ziele vermitteln statt den inhaltlichen Bauchladen aufzuklappen

Kommunalpolitik besteht bei vielen Gruppierungen und Fraktionen oftmals aus Sachzwang und Reagieren auf Verwaltungsinitiativen. Linke Kommunalpolitik muss stattdessen klare Prioritäten setzen. Die Antworten auf die zentralen Fragen einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind zu treffen auf der Grundlage sozioökonomischer Analysen.

Die Kür ist eine wirksame Popularisierung. Widerstände und Gegner, die aufgrund der gesellschaftlichen Interessengegensätze auch in der Kommune bestehen, sollten dabei rechtzeitig wahrgenommen, benannt und in der kommunalpolitischen Strategie berücksichtigt werden.

Ebenso wichtig ist auch auf kommunaler Ebene der Versuch, Bündnisse mit gesellschaftlichen Kräften zu schließen. Es gibt langfristige Bündnisse mit befreundeten Organisationen und solchen, mit denen in bestimmten Politikfeldern Übereinstimmung herrscht, aber auch an konkreten Projekten orientierte Bündnisse mit für die Linke ungewohnten Bündnispartnern.

## 4. Inhaltliche und soziale Kompetenz statt Sachzwang-fatalismus und Fachborniertheit

Sogenannte Sachzwänge in der Kommunalpolitik entstehen nicht aus dem Nichts. Sie sind das Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen. Diese Entscheidungen sind interessengeprägt und ideologisch vorbereitet und unterstützt.

Aufgabe linker Kommunalpolitik ist es, die prinzipielle Veränderbarkeit dieser „Zwänge“ und Rahmenbedingungen deutlich zu machen.

Dieser Ansatz wendet sich auch dagegen nur die Mittel anzuwenden, die zwingend vorgeschrieben sind und die in manchen Bereichen durchaus vorhandenen rechtlichen Spielräume nicht nutzt. Allen Kommunen, die nicht von Kassenkrediten leben, muss ins Stammbuch geschrieben werden:

Der Kern kommunaler Selbstverwaltung ist das, was so abwertend „freiwillige Leistungen“ genannt wird.



## 5. Persönliche Kompetenzen erarbeiten und herausstellen statt platte Imagepflege ohne Substanz

Die überzogene Personalisierung kommunaler Wahlstrategien - insbesondere die Konstruktion eines wirklichkeitsfernen Images für kommunale Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker führt allenfalls kurzfristig zu Erfolgen. Um auf längere Zeit tragfähig zu sein, sind solche Strategien nicht nachhaltig genug - der Erfolg hängt dann an einer Person. Das heißt jedoch nicht, dass die Linke nicht auf die Überzeugungskraft auch einzelner Personen setzen sollte. Linke Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sollten jedoch durch Kompetenz und Qualifikationen überzeugen.

## 6. Regionalisierung statt Kirchturmpolitik

Linke Kommunalpolitik darf nicht an den jeweils eigenen Stadtgrenzen haltmachen. Regionale Kooperation kann einen letztlich für alle beteiligten Kommunen schädlichen Standortwettbewerb entschärfen. Interkommunale Zusammenarbeit, zum Beispiel bei den Gewerbegebieten, ist ein zähes Geschäft. So kann jedoch ein Niederkonkurrieren verhindert werden. Eine konsequente regionale Strukturpolitik kann deutliche Erfolge erzielen, muss aber gleichzeitig die Fragen nach wirksamen regionalplanerischen Instrumenten und der politischen Steuerung von regionalen Strukturentwicklungen durch Landes- und Bundespolitik aufwerfen.

## 7. Demokratisieren statt Bevormunden

Eine breite Beteiligung der Bevölkerung an der Entscheidungsfindung ist der Auftrag linker Kommunalpolitik. Insbesondere, wenn es um strategische Entscheidungen über die Entwicklung der Kommune geht. Dieser Auftrag hat mehrere Dimensionen: Es geht um die Demokratisierung der Entscheidungen in den Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung. Das heißt, es geht vor allem um die Stärkung der politischen Gremien gegenüber der Verwaltung. Bürgerbeteiligung muss auf das Einbinden der Bevölkerung bei der Gestaltung des persönlichen Lebensumfelds setzen. Hier muss lernbar sein, dass Engagement Veränderungen bewirken kann! Ein weiterer Punkt ist nicht zuletzt die Kontrolle sozialdemokratischer Kommunalpolitik durch die örtlichen Parteigliederungen und die Verpflichtung oftmals einzelkämpferisch agierender Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf Willensbildung und Programm der Partei sowie Kommunikation in die Partei.

## 8. Feminisierung statt Altmännerdominanz

Unabdingbares Element linker Kommunalpolitik ist selbstverständlich die Feminisierung der lokalen Politik. Es gilt dabei, die Errungenschaft der quotierten Listenaufstellung zu verteidigen und durch die gezielte Förderung von Frauen mit Leben zu erfüllen, damit Sozialdemokratinnen nicht nur aufgestellt, sondern auch gewählt werden. Sozialdemokratische Kommunalpolitik droht jedoch bei dieser personellen Dimension stehenzubleiben. Frauenbelange und Gleichstellungspolitik müssen in einer linken Konzeption jedoch genuine Bestandteile jedes kommunalpolitischen Projekts und Querschnittsaufgabe in jedem Politikfeld sein.

## 9. Vielkulturalität in einer Gesellschaft akzeptieren statt Partikularbildung zulassen

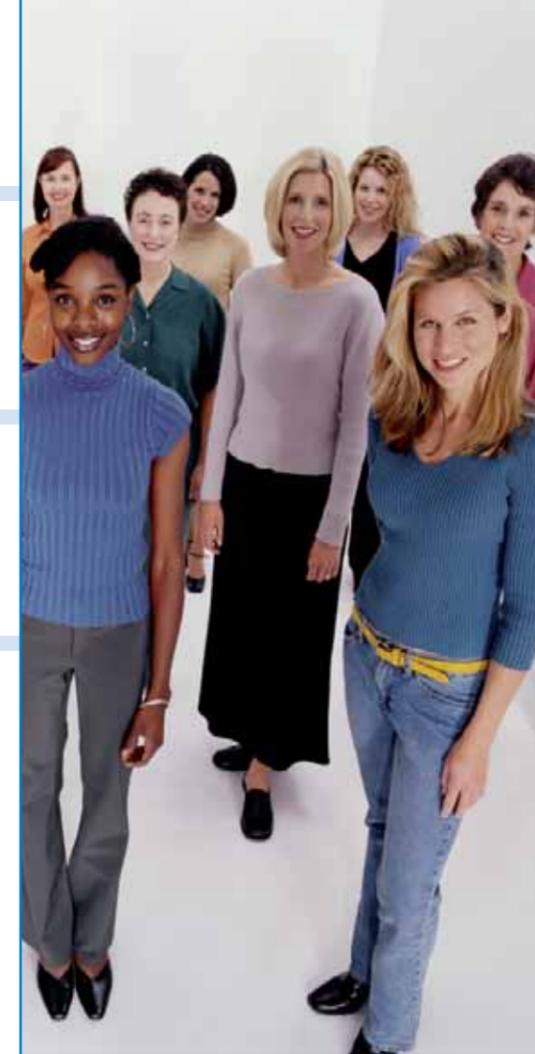
Linke Kommunalpolitik muss eine Strategie für eine Integration von Migrantinnen und Migranten und deren Familien in die Gesellschaft erarbeiten. Ein Auseinanderdividieren ist die Strategie der Rechten, die die Unterschiede betonen. Fortschrittliche Kommunalpolitik muss stattdessen Brücken in die Gesellschaft anbieten, ohne auf die Aufgabe der jeweiligen Kultur durch Zwangsassimilierung zu bestehen.

Eine Aufgabe der Sozialdemokratie ist die konkrete Einbeziehung der Interessen der Migrantinnen und Migranten auch persönlich in die kommunale Politik. Das Ausruhen auf dem internationalistischem Erbe und eine oftmals paternalistische Interessensverwaltung sind da zuwenig.

## 10. Politische Projekte formulieren!

Linke Kommunalpolitik muss Reformprojekte formulieren, die idealerweise drei Bedingungen erfüllen:

1. Die Reformprojekte müssen als wichtigstes den materiellen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen



der breiten Mehrheit der Bevölkerung entsprechen und deren Situation und/oder die ökologische Nachhaltigkeit der kommunalen Entwicklung verbessern.

2. Sie sollten daraufhin ausgerichtet sein, die gesellschaftliche Plattform der Linken zu sichern und zu erweitern, das heißt Vertrauen und Zustimmung zu schaffen und die organisatorische Basis für linke Politik zu verbessern. Das erfordert Glaubwürdigkeit und bedeutet beharrliches Engagement.
3. Und schließlich sollten solche Reformprojekte systembedingte Grenzen einer fortschrittlichen Entwicklung erfahrbar, sichtbar und als veränderbar kenntlich machen.

Linke Kommunalpolitik ist geprägt vom steten Versuch, die Beschränkungen unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung zu überwinden und für eine fortschrittliche, humane Entwicklung zu kämpfen.

*(Inhaltliche Mitwirkung durch Holger Reise und Helmut Pfister)*



# Pro Privatisierung

Der Versuch einer kritischen und unbefangenen Bestandsaufnahme

Privatisierung ist in aller Munde. Post, Telekom, Bahn, Energie, Krankenhäuser und nicht zuletzt die Stadtwerke sind klassische Beispiele dafür. Zu Beginn sollte man sich bewusst machen, dass vielen Kommunen aufgrund ihrer angespannten Finanzsituation oft gar keine andere Lösung bleibt, als die Privatisierung von kommunalen Aufgaben wie Wasserversorgung, Straßenreinigung, Gartenbaubetrieben, Kliniken, Müllabfuhr, usw. Daher verkaufen Kommunen seit Jahren gezielt Immobilien, beteiligen private Firmen an ihren Unternehmen oder veräußern ganze Betriebe. Doch ist das alles Teufelswerk? Wie sonst sollen sie ihre Löcher stopfen und unerlässliche Investitionen finanzieren? Grundsätzlich gilt: Ist der einzige Grund und Antrieb für eine Privatisierung der verfassungsgemäße Haushalt, ist ein Scheitern absehbar. Ein selbstständiges und profitables Agieren am Markt erfordert mehr als die Änderung der Rechtsform. Eine vernünftige Management-, eine moderne und flexible Organisationsstruktur und ein attraktives Angebot müssen vor dem Start erarbeitet werden. Nicht der Bruder des Bürgermeisters, nicht der zurückgetretene, aber noch nicht im Rentenalter befindliche Politiker oder der langjährige treue Weggefährte ist gesucht. Erfahrene Manager werden gebraucht. Sie garantieren professionellere und schnellere Entscheidungen als es eine staatlich kontrollierte Einheit durch die vielen Interessengruppen je garantieren kann. Synergieeffekte führen zu effizienteren Arbeitsabläufen und notwendige Investitionen müssen aufgrund von Konkurrenzdruck und dem Interesse an strategischem Wachstum getätigt werden. Effizienteres Management führt zu Kostensenkungen und durch zusätzliche Anreize werden die Leistungen der Mitarbeiter gesteigert. Diese sind auch notwendig, um den hohen Anforderungen des Wettbewerbs zu genügen. Dass private Strukturen dabei effektiver als staatliche agieren, ist wohl unbestritten. Kommunalen Betrieben fehlt dagegen oft der Zwang zur Rentabilität und mithin zur Effizienz. Auch Konkurrenz kennen sie oft nicht. Viele von ihnen sind daher unbeweglich und nicht sonderlich kundenorientiert. Da reicht es auch nicht, einen unwirtschaftlichen städtischen Schlachthof in einer privatrechtlichen Form (etwa als GmbH) zu organisieren, um am Ende das Defizit durch einen Zuschuss aus dem „Stadt-säckel“ wieder auszugleichen. Dagegen folgen Privatisierungen der wirtschaftsliberalen Maxime, dass der Staat grundsätzlich nicht unternehmerisch tätig sein sollte, sondern sich auf die Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens für einen funktionierenden Wettbewerb beschränkt. Auch wird durch den Wettbewerb mittel- und langfristig Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gefördert. „Moment!“ wird mancher jetzt schreien, was ist nun beispielsweise mit dem Strom? Erst vor kurzem kündigten E.on und Co. Preiserhöhungen bis zu 10% an. Jobs entstehen dadurch jedoch nicht. Hier muss berücksichtigt werden, dass die vier großen Energiekonzerne sich den Markt bequem aufgeteilt haben und allem Anschein nach ein erfolgreiches System etabliert haben, alles mögliche zu tun, um einen Anbieterwechsel so schwierig wie möglich zu gestalten.



**Felix Michahelles**

Pleinfeld

*Funktion:*  
Vorsitzender des OV Pleinfeld



**Joachim Klusak**

Randersacker

*Funktion:*  
Vorsitzender der Jusos im Landkreis Würzburg

Praktisch findet hier kein Wettbewerb statt. Undurchsichtige Gebührenstrukturen leisten dabei ihr Übriges. Wer kann schon sagen, welchen Tarif er oder sie genau hat? Dies ist ein Beispiel für eine missglückte Privatisierung, hier hilft nur ein staatliches Eingreifen, wie es die EU-Kommission auch bereits angekündigt hat. Wer aber dieses Beispiel anführt, um generell gegen Privatisierung zu sprechen, handelt populistisch. Privat geführte Unternehmen sind effizienter als die öffentliche Hand, öffentlich geführte Unternehmen hingegen verwalten oft hochsubventionierte Verlustgeschäfte. Schließlich kann der Markt Bedürfnisse besser erfüllen als eine bürokratische, staatliche Verwaltung. Durch die Konkurrenz verschiedener Anbieter steigt zudem automatisch die Qualität, da dies eine der wichtigsten Grundlagen für die Einkaufsent-scheidung des Konsumenten ist. Aber die Privatisierung bringt noch weitere Vorteile mit sich. Schließlich kommt es durch Wettbewerb zu Preissenkungen für Produkte und Dienstleistungen. So sind beispielsweise die Kosten für Telekommunikationsdienstleistungen in Deutschland seit der Privatisierung der Bundespost stetig gesunken. Zudem werden Innovationen und somit neue Dienstleistungen und Produkte gefördert. Als Beispiel können die schnellen Internetanschlüsse über DSL in Deutschland angeführt werden. Es bestehen durchaus berechtigte Zweifel, ob es unter dem ehemaligen staatlichen Monopolist „Deutsche Bundespost“ aufgrund mangelnder Innovationsbereitschaft jemals DSL-Anschlüsse gegeben hätte. Der Anruf in die USA kostete damals 3 DM pro Minute, inzwischen sind es ein paar Cent. Auch beschränkte sich die Auswahl des Telefonapparates auf wenige Varianten und an schnurloses Telefonieren war nicht zu denken. In den privatisierten Bereichen entsteht auch eine neue Service-Kultur, die an die Stelle einer vormaligen Beamtenmentalität tritt und sich näher am Kunden orientiert. Darüber hinaus gewinnt die Public-Private-Partnership (PPP) als Finanzierungsinstrument an Popularität. Private Unternehmen, vor allem aus der Baubranche, investieren auf ihre Kosten und vereinbaren mit der begünstigten Gemeinde, wie diese die vorgestreckte Summe zurückzahlt. Konkret sieht das so aus: Ein privater Bauherr plant eine Schule und errichtet das Gebäude, übernimmt Energieversorgung und Abwasserentsorgung, besorgt Reinigung und Reparaturen und betreibt auch noch die Schulkantine. Die Gemeinde zahlt dafür jedes Jahr einen vereinbarten Betrag. PPP ist auf dem Vormarsch. Das Deutsche Institut für Urbanistik spricht von einem »wirklichen Boom« seit 2004. Es zählte im vergangenen Herbst rund 160 PPP-Projekte in den deutschen Kommunen. Die Bürgermeister rühmen Effizienzgewinne von durchschnittlich zehn Prozent. Künftig, erklären die Forscher vom Urbanistik-Institut, werde PPP noch viel öfter eingesetzt, um Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Abschließend kann festgehalten werden: Privatisierung ist eine Chance, aber nur wenn sie gründlich durchdacht und vorbereitet ist, und vor allem die richtigen Leute die Unternehmung leiten.



# Schluss mit dem Privatisierungswahn

Der Verkauf öffentlichen Eigentums wird stets mit den gleichen Argumenten verpackt den Bürgerinnen und Bürgern – also den eigentlichen Eigentümerinnen und Eigentümern – nahe gebracht: Private liefern angeblich bessere Qualität zu niedrigeren Preisen, arbeiten effizienter und ganz nebenbei bringt das ganze auch noch ein paar Millionen in den ohnehin klammen (Kommunal-) Haushalt. Intellektuell anmutiger wird auch gerne ordnungspolitisch argumentiert, etwa indem unter Bezug auf europäische Bestimmungen angeführt wird, der Staat dürfe nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten.

## Privatisierungen – Futter für das Kapital

Das Motiv für Privatisierungen kommt in diesen Argumenten jedoch nicht vor: Die Abhängigkeit des Kapitalismus von Wachstum macht die Erschließung neuer, bislang dem Zugriff des Kapitals entzogener Bereiche notwendig. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung des renditesuchenden Kapitals in den industrialisierten Ländern einerseits und zwischen den Ländern des Nordens und des Südens andererseits, verstärkt diesen Druck zusätzlich. Es ist daher nicht überraschend, dass sich nur Wenige zu den Gewinnern von Privatisierungen zählen können.

## Hinterher: Teurer und schlechter

Damit sich die Privatisierung für den Käufer oder die Käuferin lohnt, muss dieser zwangsläufig die Rendite steigern. Dies führt – manchmal nach einer Schamfrist – zu deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen: Lohnsenkungen, Streichen von Urlaub und Personalabbau sind gängige Methoden, um das Ziel der Renditesteigerung zu erreichen. In einem nächsten Schritt werden – auch hier meist nach einer Schamfrist – die Preise erhöht. Dies geschieht jedoch nicht für das gesamte Kundensegment. Großkunden erhalten häufig Sondertarife. Um die Rendite weiter zu steigern, werden Investitionen in den Erhalt der privatisierten Güter nicht mehr oder nur unzureichend getätigt. Dies geht einher mit der Aufgabe von Geschäftszweigen, die alleine keinen Gewinn abwerfen. Die Folgen: Die vormalig öffentliche Leistung wird nun für die meisten Kunden zu einem höheren Preis angeboten. Gleichzeitig sinkt auf Grund der schlechten Arbeitsbedingungen und der unterlassenen Investitionen die Qualität der Leistung. Manche Leistungen stehen – da sie für den Käufer oder die Käuferin nicht rentabel sind – auch gar nicht mehr zur Verfügung. Beispiele dafür gibt es Dutzende und man muss dafür gar nicht nach England schauen: Strom, Post, Bahn (auch wenn hier die Privatisierung erst vorbereitet wird), kommunale Wohnungsbaugesellschaften. So hat zum Beispiel der Investor, der 80.000 Wohnungen von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte gekauft hat, die Mieten trotz vorheriger anders lautender Zusagen um bis zu 20 Prozent erhöht.

## Ausbluten der öffentlichen Haushalte

Für die öffentliche Hand ist die Privatisierung auf längere Sicht kein Gewinn. Zwar kommt etwas Geld in die Kasse. Da sich aber nur verkaufen lässt, was potentiell Gewinn abwirft, entgeht dem Staat der Gewinn, der in der Zukunft anfallen wird. Wenn beispielsweise kommunale Stadtwerke mit ihren Überschüssen bisher den öffentlichen Nahverkehr finanzieren und diese Möglichkeit nach der Privatisierung wegfällt oder zumindest eingeschränkt wird, ist der Privatisierungserlös schnell wieder verfrüstückt. Ein langfristiger finanzieller Vorteil ließe sich für die öffentliche Hand nur dann realisieren, wenn Bereiche verkauft werden würden, in denen sich kein Profit machen lässt. Dafür finden sich aber auch keine Käuferinnen und Käufer, außer man sichert ihnen langfristige finanzielle Unterstützung zu. Angebote für die Übernahme der Sozialhilfe durch einen privaten Träger sind bisher jedenfalls nicht öffentlich geworden. Einem konsequent privatisierten Staat, der alles verkauft hat, was sich zu Geld machen lässt, bleiben am Ende nur noch Bereiche, die Defizite einbringen.

## Angriff auf die Demokratie

Gleichzeitig verlieren die bisherigen Eigentümerinnen und Eigentümer – also die Bürgerinnen und Bürger – die über Jahrzehnte das öffentliche Eigentum mit ihren Steuern und Abgaben aufgebaut haben, für einen Bruchteil des tatsächlichen Wertes jeden Einfluss darauf. Gerade bei den öffentlichen Gütern der Daseinsvorsorge – der Versorgung mit Wasser, Strom, Wohnraum, etc. – ist dieser Einfluss aber nicht nur ein nettes Beiwerk. Es ist zentraler Bestandteil demokratischer Gesellschaften, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Lebensbedingungen mitentscheiden können. Und das bedeutet weit mehr, als zwischen zwei oder drei Stromanbietern den vermeintlich günstigsten auszuwählen.

## Privatisierung verhindern

Im Kern sind Privatisierungen also eine Enteignung des Gemeinwesens, eine massive Einschränkung der Demokratie und der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte sowie eine Aushebelung solidarischer Systeme zugunsten privater Profite. Einer fortschrittlichen Linken in der SPD muss es daher um die Verhinderung weiterer Privatisierungen gehen. Dies ist vor dem Hintergrund weitgehend entfesselter Finanzmärkte keine leichte Aufgabe. Dennoch kann das nicht genügen. In zentralen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die negativen Folgen der Privatisierungen offensichtlich. Statt hilfloser Korrekturbemühungen durch diverse „Wettbewerbsherstellungsinstrumente“ muss die Wiedereingliederung in den öffentlichen Sektor angegangen werden. Die Kommunalisierung der Energieversorgung wäre ein erster Schritt.



**Florian Janik**

Erlangen

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*

*Funktion:*  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Erlangen

# Stadt der Frauen Gestaltungs- spielsräume kommunaler Frauenpolitik



**Ulrike Boesser**

München

Dipl.-Geographin

Funktion:

Stadträtin in München,

Vorsitzende der ASF

München

Was ist kommunale Frauenpolitik – gibt es das eigentlich? Und wenn ja, wie sieht sie aus?

Nun, ersteres ist schnell geklärt: Wie fast alle Politikbereiche lässt sich auch Frauenpolitik auf die lokale Ebene herunterbrechen. Und es besteht Handlungsbedarf, denn die Gleichstellung in der (Stadt)gesellschaft besteht nach wie vor nicht: Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern ist immer noch eklatant. Der Frauenanteil bei den Oberbürgermeistern und ersten Bürgermeistern ist weit von 50 % entfernt. Bei der Arbeitsteilung in einer Familie oder Partnerschaft wird der Großteil der Hausarbeit noch immer größtenteils von den Frauen übernommen.

Die Antwort auf die zweite Frage ist etwas schwieriger. Denn wie gestalten wir Stadtpolitik, die auf die Gleichstellung von Frau und Mann hinwirkt? Will eine Kommune dieses Ziel ernsthaft erreichen, muss bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden, wie sie sich auf Frauen UND Männer, auf Buben UND Mädchen auswirken. Seit 1999 sind alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung durch den Amsterdamer EU-Vertrag zum Prinzip des „gender mainstreaming“ verpflichtet. Darauf aufbauend haben kommunale Verwaltungen in den letzten Jahren das „gender budgeting“ entdeckt.

Die Gleichstellung von Frauen wird bei gender mainstreaming und gender budgeting als Querschnittsaufgabe definiert. Wer über den Haushalt einer Kommune entscheidet, entscheidet darüber, dass öffentliche Gelder Männern und Frauen gleichermaßen zu Gute kommen.

Soweit die Theorie. Aber genau hier fängt die Arbeit erst an. Denn wie können wir die geschlechtergerechte Verwendung öffentlicher Gelder messen und bewerten? An dieser Frage beißen sich seit einigen Jahren die Personalabteilungen, Stadtkämmereien, Gender-Arbeitskreise und Steuerungsgruppen die Zähne aus. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin, politische Maßnahmen abzuleiten, die nicht althergebrachte Rollenklischees verfestigen, sondern darauf hinwirken, Ungleichheiten zu beseitigen. Bisweilen scheint man sich in der Auswertung von Modellprojekten zu verzetteln. Bedauerlicherweise bleibt die Diskussion zumeist auf Fachkreise beschränkt. Eine breite öffentliche, politische Debatte, wie die in der Regel knappen Gelder Bürgerinnen UND Bürgern zugute kommen, bleibt zumeist aus.



Das mag daran liegen, dass es nicht jedem /jeder liegt, in monatelanger Arbeit die Zahlenreihen eines Gemeindehaushalts zu studieren, um deren geschlechtergerechte Wirkung zu reflektieren. Ein weiterer Grund ist sicherlich auch, dass Frauenpolitik und Feminismus zu Nischenthemen geworden sind. Und der Bequemlichkeit wegen werden „gender Projekte“ gerne an die Frauenbeauftragten oder Gleichstellungsstellen delegiert. „Gender mainstreaming“ ist aber nicht wirklich neu – es hatte nur mal einen anderen Namen und hieß früher allgemeinverständlich Frauenpolitik. Frauenpolitik ist Politik für 50 % der Bevölkerung. Und ein Politikbereich, der die Hälfte der Bevölkerung betrifft, darf nicht interessierten Kreisen vorbehalten bleiben.

Ein Stadt- bzw. Gemeinderat hat vielfältige Möglichkeiten, die Kommunalpolitik in der Praxis so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen aller Bewohnerinnen und Bewohner gerecht wird. Aufgaben, die eine Kommune freiwillig oder aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen übernimmt, müssen sich dabei an den Bedürfnissen von Frauen UND Männern orientieren. Und dies ist in allen Bereichen möglich, wie drei ausgewählte Beispiele zeigen sollen:

Frauen die gleichberechtigte Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen ist ein uraltes sozialdemokratisches Anliegen. Die Stadt München fördert die berufliche Fort- und Weiterbildung von Frauen mit eigenen, auf sie zugeschnittenen Projekten. Wenn sich Anforderungen an den Beruf wandeln, müssen Erwerbstätige bei strukturellen Veränderungen begleitet werden. Beispielsweise hat die Stadt Anfang der 90er Jahre Weiterqualifizierungsmaßnahmen für Beschäftigte in der Druckindustrie gefördert, um die überwiegend weiblichen Beschäftigten auf neue Aufgaben vorzubereiten.

Weil Frauen bei Unternehmensgründungen noch immer in der Unterzahl sind, erhalten Frauen, die ein Unternehmen gründen wollen, im „Referat für Arbeit und Wirtschaft“ der Stadt München eigene Schulung und Beratung für den Schritt in die Selbständigkeit.

Bei den „eigenen“ städtischen Beschäftigten legt die SPD-Stadtratsfraktion auf Frauenförderung großen Wert. Und zwar bereits einige Jahre bevor diese durch Bundes- und EU-Recht verbindlich wurde. Heute sind über 40% al-

ler Führungskräfte der städtischen Verwaltung Frauen. In vielen Unternehmen der „freien Wirtschaft“ ist das noch immer die Ausnahme.

„Das Alter ist weiblich“ lautet eine neuere soziologische Erkenntnis. Denn 74% der über 75jährigen Menschen sind Frauen. Kommunalpolitik für ältere Menschen bedeutet also in erster Linie, den Bedürfnissen von Seniorinnen gerecht zu werden. Die Städte und Gemeinden sind hier in unterschiedlichen Bereichen gefordert. Bei der Planung öffentlicher Einrichtungen sowie einer gut zu erreichenden Infrastruktur, weil ältere Menschen aufgrund eingeschränkter Mobilität auf „kurze Wege“ angewiesen sind. In der Verkehrsplanung, denn nur 55% der Frauen über 65 Jahre besitzen einen Führerschein und noch weniger ein Auto. Sie sind deshalb besonders auf einen gut ausgebauten ÖPNV angewiesen.

Welche Rolle haben Frauen in der Geschichte einer Stadt gespielt und wird diese in den Publikationen des örtlichen Tourismusbüros, in historischen Ausstellungen oder bei der Straßenbenennung nach historischen Persönlichkeiten gewürdigt? Der Stadtrat kann durchaus darauf achten, dass die „weibliche Seite“ sichtbar wird und z.B. die finanzielle Ausstattung städtischer Museen oder für Stadtjubiläen davon abhängig machen, ob das Leben und die Arbeit von Frauen in geschichtlichen Abhandlungen auch in angemessener Weise dargestellt werden.

Die Liste ließe sich noch weiter führen: Über geschlechtersensible Pädagogik in städtischen Kindergärten, die Förderung von Mädchen- und Frauensport bis hin zur heutzutage viel beschworenen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für die Kommunen aufgrund ihrer Zuständigkeit für Kinderbetreuungseinrichtungen mitverantwortlich sind. Zu tun gibt es genug. Und wir müssen immer wieder einfordern, dass die „weibliche Seite“ bei politischen Entscheidungen einbezogen wird. Denn dies ist, trotz gesetzlicher Verpflichtung, noch lange nicht selbstverständlich. Bis es soweit ist, gilt für alle sozialdemokratischen Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte: „Wer die menschliche Kommune will, muss die männliche überwinden“.



# „Die neue Sozialpolitik von unten“

Der Sozialstaat hat sich der Veränderung der Gesellschaft der letzten 20 Jahre erwehrt durch Rückschnitte auf das „unmittelbar Notwendige“, auf schärfere Effizienzkontrollen mit der Folge, dass er völlig im Teufelskreis gefangen ist für immer mehr Geld, immer weniger und „einzelfallteure“ Klienten zu bedienen. So wird der Sozialstaat noch bestenfalls als Versicherungsagentur aber nicht mehr als Solidaritätsstifter verstanden. Der Druck auf die „europäische Stadt“ hat zugenommen, selbst Ausfallbürge für den sozialen Staat zu sein. Die Arbeitsmarktreform Hartz IV zeigt, dass die Kommunen inzwischen auch Arbeitsmarktpolitik stärker selbst machen.

Der türkische oder russische Jugendliche der 2. oder 3. Zuwanderungsgeneration bewegt sich im „eigenen“ Supermarkt und der Disco und ist nicht mehr angehalten, deutsch zu sprechen. Die doppelt so große schulische Versagensquote dieser Generation schlägt still und schmerzhaft bis in den Stadtteil zurück, weil dessen öffentlicher Bolz- und Kirchplatz zum ersten Erlebnisort des arbeitslosen Jugendlichen wird.

Die von uns geöffneten Institutionen stehen unter dem Knebel der Belegplatzfinanzierung, Spezialisierung und einem gezielten Bildungs- und Rehaauftrag, in dem z.B. freiwillige Helfer „nur stören“. Die Logik der Rationalisierung verdrängt Bürgerengagement. Diese Gefahr ist ungleich größer als durch Engagement Fachstellen „einsparen“ zu wollen.

Schließlich die Vereine. Sie sind in vielen Fällen kommerzialisiert oder überaltert. Sie sind zwar weiter wirksame kommunale Interessensinstrumente aber – unfreiwillig – selektieren sie in der Stadtgesellschaft mehr als es gut für sie ist. Wir freuen uns über jeden türkischen Mitbürger in der freiwilligen Feuerwehr und staunen über türkische Jugendfußballvereine.

Wer das Verbindende, das Soziale, der europäischen Stadt wieder zum Klingen bringen will, wer das Durcheinander der Wertvermittlung (nicht dessen Verlust!) wieder ordnen will, braucht einen Ordnungsrahmen, der

in die heutige Dualität von Staat und Wirtschaft eingreifen kann. Die Wohlfahrtsgesellschaft geht dann schon über den Wohlfahrtsstaat hinaus, weil sie die Erbringung (!), nicht die Verteilung der Sozialleistungen zum Gegenstand aller in der Demokratie macht (Walzer).

Dies ist die Zivilgesellschaft und das mit ihr verbundene bürgerschaftliche Engagement.

In Städten kann das sehr konkret werden. Kreative Stadtentwicklung kann bedeuten, die „Sozialräume“ neu oder erstmals zu vermessen, um gesellschaftlichen Teilhabeebenen zum Lichte zu verhelfen, Bürgerengagement auf einer relevanten Akteursebene einzufügen – nicht als Ehrenamt „anzuhängen“. Auch die Diskussionen zum „Quartiersmanagement“ haben das gezeigt.

Zur Neuvermessung der sozialen Stadtlandkarte gehört das Verhältnis zwischen Stadt und Vereinen. Sie brauchen neue „Zwischenlandschaften“, Projekte der Erneuerung, Öffnung mit neuen Rollen. Im Verein wird man Mitglied, in Bürgerschaftsprojekten wird man Pate, Botschafter, Mentor.

Die Neuvermessung zwischen Staat und Stadt wird bei allen neueren politischen Programmen der letzten Jahre in Deutschland zur unlösbaren Zusammenfügung der Gegensätze: Mit der Reform der Sozialgesetzbücher II und XII entstehen gemeinsame neue Behörden wie die ARGE für Beschäftigung mit unterschiedlichen Logiken in der gleichen Institution. Sie ist ebenfalls ein neuer Akteur im städtischen Orchester.

Mit der neuen Familienpolitik des Bundes (Krippen, Mehrgenerationenhäuser) wird Landespolitik „überholt“. Städte haben beim Vermessen der Kindergartenlandschaft deshalb verschiedene Maße zu benutzen.

Einmal nach vermeintlich tatsächlichem Bedarf (Nachfragepolitik des Landes) und einmal nach erwünschenswertem Sollbedarf (Bund). Ungesicherte Institutionen wie die Mehrgenerationenhäuser sind Marken eines neuen Institutionenverständnisses, bei dem sich Nutzen aus der jeweils konkreten Energie und Ressource im Stadtteil für alt und jung speist und nicht aus festgesetzten Platzzahlen.

In Augsburg (270.000 Einwohner) haben wir mit dem Bündnis für Augsburg ein Dach geschaffen, in dem neue Projekte angeschoben, aber auch „zugeordnet“ werden. So ist an der Schnittstelle von Kindergarten und Integrationspolitik ein Modell der Stadtteilmütter entstanden (über 400) die in ihrer Muttersprache Kinder unterrichten und darauf bauen, dass mit dem gleichen Text in deutsch die „klassische“ Institution Kindergarten die Zweisprachigkeit sichert. Mit Mentoren sichern wir den Freiwilligeneinsatz der Schüler („Change-in“) zwischen Schule und Institution (Einsatzstelle). Ähnlich bei Sozialpaten und Demenzpaten, Sorgentelefontüttern und der Teamgruppe Neubürgerempfang. Alle arbeiten auf Augenhöhe mit der „klassischen“ Institution (gleich ob Amt für Soziale Leistungen, Krankenhaus, Referat Oberbürgermeister usw.) und erweitern diese um ihre Funktion und Identität.

## Moderne Menschenbilder

Wir fügen Funktionen und Kompetenzen neu zueinander – Teil des neuen Klangs der kreativen Stadt.

Wir fügen im engen Sinne nicht Menschen als solche neu zueinander – das würde die Ängste im städtischen Raum aktivieren, dass mit jedem Projekt freiwillig engagierte Menschen dort verloren gehen, wo sie zuvor aktiv waren. In den primären Netzwerken unserer Städte ist viel Zurückhaltung gegenüber bürgerschaftlichen Projekten. Sie werden in einem „Nullsummenspiel“ wahrgenommen, quasi zu Lasten vorhandener Verbindlichkeiten. Genau deshalb greift die Zivilgesellschaft auf moderne Strukturen „multipler Identitäten“ zurück.

Menschen können gleichzeitig in ihren Vereinen sein und sich zu Paten „ausbilden“. Walzer dreht das Bild als Chance der Zivilgesellschaft um und sagt, dass niemand nur als Vertreter einer Gruppe / Ethnie handelt, sondern als Person verschiedene Loyalitäten unter einen Hut bekommen kann. Die Stadtteil- und Sorgentelefontüttern können sich im Bündnis für Augsburg engagieren, ohne dass in ihrer (Migrations)familie jemand aus dem Moscheeverein „austreten“ muss. Und eine Seniorenbeirätin kann sagen,



dass sie genauso die Interessen der Kinder im Mehrgenerationenhaus vertritt wie sie weiter für Senioren tätig ist. Ein katholischer Kirchengemeinderat kann in einem evangelischen Selbsthilfeprojekt helfen.

Wichtig über solchen Projekten ist jedoch eine Art Dach, eine Meta-Identität, beispielsweise in Augsburg eine parteiübergreifende Steuerungsgruppe zugunsten des Gesamtmottos „Wir sind Augsburg“. Erinnert sei an Kennedys populären Versuch „Ich bin ein Berliner“ als Synonym für eine ideelle Wahlverwandtschaft.

Ohne solche Einrahmungen würden Projekte zu interaktiven Hilfs- und Beziehungsmaßnahmen (etwa des Mittelstandopas für die alleinerziehende Mutter) „verkommen“. In einem Zivilprojekt der kreativen Stadt „spielt“ die alleinerziehende Mutter als Bürgerin im Orchester in ihrer Art an der gleichen Weise mit wie der Opa an anderer Stelle. Wir brauchen Institutionen, in den viel mehr Menschen als bisher an der Erbringung von Wohlfahrt praktisch-kreativ mitwirken können.

Die Kooperationsbereitschaft auf den hier dargestellten Institutionsebenen kommt dort zustande, wo die Analyse gemacht wurde, dass jeder für sich die gesellschaftlichen Ziele allein nicht mehr erreicht. Macht stiftet allein nicht mehr Sinn. Der Staat schafft nicht mehr allein Solidarität, Stadt nicht mehr allein vielkulturelle Identität, Stadtteil nicht mehr allein Toleranz und Vereine nicht mehr allein Gemeinschaftsgefühle. Wer immer noch glaubt, mit Geld, Macht oder Moral sich über diese Analyse wegsetzen zu können, gibt die falschen Signale an die Bürgerschaft, deren Vertrauen wir brauchen.



**Dr. Konrad Hummel**

*Funktion:*  
Sozialreferent der Stadt  
Augsburg

# Mehrd als Sozialhilfe

## EIN ÜBERBLICK ÜBER KOMMUNALE SOZIALPOLITIK

Soziale Gerechtigkeit ist das zentrale Ziel der Sozialdemokratie. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine Sache für Bund und Länder, auch vor Ort lässt sich viel bewirken. Die Regierungen der letzten Jahrzehnte haben Deregulierung und Sozialabbau vorangetrieben. Deshalb nehmen Chancenungleichheit, Armut sowie prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu. Die Folgen dieser Entwicklungen treffen direkt die Kommunen.

Sozialpolitik hat zwei Ziele: Sie muss Menschen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf der Strecke bleiben, materiell und kulturell absichern. Darüber hinaus hilft gute Sozialpolitik den Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Sie bietet nicht nur direkte materielle Leistungen, sondern sorgt durch Aus- und Weiterbildung, Kinderbetreuung, Beratung oder eine ausreichende Infrastruktur dafür, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft gut leben und arbeiten können.

Die Rahmenbedingungen für kommunale Sozialpolitik werden zwar zum großen Teil durch Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene gesetzt. Dennoch bleiben auch den Kommunen Spielräume – und zwar weit über die Pflichtaufgaben wie Wohngeld oder Sozialhilfe hinaus. Was die Kommune tut, ist von der Größe und den örtlichen Gegebenheiten und Problemen abhängig. Das fängt damit an, dass sie ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung vom Kinderhort bis zur Ganztagsbetreuung an Schulen schaffen. Die Kommunen haben als Sachaufwandsträger für die Schulen Einfluss darauf, unter welchen Bedingungen Kinder lernen. Die Gemeinde kann mit einem gut ausgebauten ÖPNV Mobilität für alle sichern und mit einer guten Volkshochschule kostengünstige Weiterbildung jenseits teurer privater Angebote schaffen. Gerade die Preisgestaltung kommunaler Einrichtungen ist ein gutes Indiz dafür, wie sozial eine Gemeinde ist.

Bildung und Gesundheit hängen immer mehr vom Geldbeutel ab. Hier ist Sozialpolitik besonders gefragt und auch die Gemeinden können zur Problemlösung beitragen. Im Bereich der Bildung können sie eine gute und lückenlose Kinderbetreuung organisieren. Ein großes Problem bei der Kinderbetreuung ist, dass die Eltern in der Regel einen Teil der Kosten tragen müssen. Die Jugendämter übernehmen diese Beiträge für arme Eltern oft, wenn diese arbeiten und die Kinder nicht selbst betreuen können. Wichtig wäre aber, die Beiträge auch dann zu übernehmen, wenn die Eltern keine Arbeit haben. Doch dies machen nur wenige Gemeinden. Kreisfreie Städte und Landkreise sind oft Träger von kommunalen Krankenhäusern. Es ist wichtig, diese in kommunaler

Trägerschaft zu lassen und dadurch eine breite und möglichst flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. In Sachen Gesundheit kann die Kommunalpolitik auch viel mit Beratungsangeboten leisten z.B. mit Ernährungsberatung oder Elternberatung. Auch wenn es oft schwierig ist, gerade diejenigen zu erreichen, die diese Beratung brauchen. Ein oft vernachlässigtes Feld ist Politik für Menschen mit Behinderungen. Gerade hier kann Beratung, z.B. über behindertengerechte Angebote in der Gemeinde, den Betroffenen viel helfen. Weiterhin muss die Gemeinde darauf achten, dass öffentliche Gebäude behindertengerecht errichtet oder umgebaut werden. Auch bei der Errichtung neuer Kaufhäuser oder Einkaufszentren müssen die Verantwortlichen dafür sorgen, dass z.B. Fahrstühle oder Behindertentoiletten eingebaut werden.

Die Gemeinde muss sowohl Pflichtaufgaben als auch freiwillige Leistungen nicht selbst erbringen, sondern kann diese auch durch Vereine erbringen lassen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Organisationen ihre von der Gemeinde ganz oder zum Teil finanzierten Leistungen wirklich für alle anbieten und auch bei der Erbringung ihrer Leistung niemanden faktisch ausschließen. Wenn der einzige Kindergarten vor Ort von einem konfessionellen Träger betrieben wird, ist dies ein Problem für alle Anders- oder Nichtgläubigen. Die Gemeinde muss also ihre Leistungen selbst erbringen oder zumindest für eine Trägerpluralität sorgen.

Doch gerade mit Zuschüssen an Vereine kann die Kommunalpolitik viel gute Arbeit unterstützen oder erst ermöglichen. Das reicht von Selbsthilfegruppen oder Wohlfahrtsverbänden über „Die Tafel“ bis zu den Sportvereinen. Jedoch muss immer klar sein: Ehrenamtliches Engagement ist willkommen und unterstützenswert, kann und darf aber professionelle Leistungen nicht ersetzen.

Viele Gemeinden befinden sich jedoch in einer finanziell schwierigen Lage. Sie können ihre Einnahmen nur sehr bedingt selbst gestalten und sind oft von der Steuerentwicklung abhängig. Doch vor Ort sind die Spielräume oft größer als manche denken. Vieles ist eine Frage der Prioritätensetzung. Die Gemeinde kann ihr knappes Geld dafür ausgeben, Parkgebühren zu senken und Prestigeprojekte zu fördern oder sie kann soziale Vereine fördern und die Ausstattung von Schulen verbessern. Eine wichtige Finanzierungsquelle für Bäder und Busse ist die sogenannte Querfinanzierung. Gewinne aus der Energie- und Wasserversorgung werden für den ÖPNV und andere Einrichtungen verwendet. Diese Finanzierung ist den Konservativen und Marktradikalen schon lange ein Dorn im Auge. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sie verteidigen, um den Spielraum für Sozialpolitik zu erhalten.



**André Pöhler**

Bayreuth

Rechtsanwalt

*Funktion:*  
Mitglied des  
SPD-Landesvorstandes

# Stein auf Stein

„Bei der Kommunalpolitik geht es doch nur darum, wo der Kanaldeckel liegt oder ob jemand ein Einfamilienhaus bauen darf. Das ist ja so was von langweilig.“ Das ist aber nur ein Vorurteil. Denn Kommunalpolitik ist für die Bürgerinnen und Bürger die politische Ebene, auf der die Beschlüsse unmittelbar spürbar werden. Kreisverkehr oder Ampelanlage. Die Entscheidungen im Rathaus betreffen uns täglich. Natürlich bestimmt vor allem Baurecht den Politikalltag, aber die Entscheidungen über Straßen oder „Hauslebau“ sind nicht lästig, sondern sehr wichtig für unsere Zukunft.

In der Vergangenheit wurden viele Fehler gemacht. In den 70er Jahren war in den Innenstädten zu viel Verkehr. Also fingen die Städteplaner an, Umgehungsstraßen zu bauen. Auf der grünen Wiese sollten die Menschen künftig einkaufen, damit alle im Ortskern ihre Ruhe vor dem Verkehr und dem damit verbundenen Lärm haben. Das mag aus der damaligen Sicht vernünftig gewesen sein. Wenn wir heute in die Städte schauen, ist jedoch viel zu wenig Leben in der Stadtmitte. Zu diesem Ergebnis kommt man, egal ob man größere Städte oder kleine Marktgemeinden anschaut.

Das Leben, das „noch“ stattfindet, kommt auch im Einheitslook daher. Große Ketten bestimmen unsere Innenstädte. Die einzelnen Filialen scheinen auch nach dem gleichen System angelegt zu sein. Zwischen H&M, Deichmann, C&A und wie sie alle heißen, kann man meist nur noch Handys, Döner oder Billigbrötchen kaufen. Güter des täglichen Bedarfs in der Innenstadt zu bekommen, wird zunehmend schwierig. Diese sollte man lieber in den Gewerbegebieten kaufen, welche jedoch besser als Discountermeilen bezeichnet werden. Die einzige Abwechslung sind dort die Baumärkte und Autohändler.

Mittlerweile haben viele Kommunalpolitiker dieses Problem erkannt. Als Lösung des Problems betrachten viele die innenstadtnahen Einkaufspassagen. Gegen die meisten gab es in Bayern großen Protest und oft auch Bürgerbegehren, die jedoch häufig scheiterten. Auch in meiner Heimatstadt Schweinfurt ist dieser Trend jetzt angekommen. Große Hoffnungen verbinden die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit dem neuen Super-Einkaufszentrum. Auf der riesigen Fläche sollen ja nicht nur Schweinfurterinnen und Schweinfurter einkaufen, sondern aus dem Umland werden die Massen strömen und ihr Geld in der Stadt lassen, heißt es. Die Innenstadt wird dabei wohl der Verlierer sein. Schon jetzt sind die meisten eigenständigen, meist alteingesessenen Einzelhändler aus dem Stadtbild verschwunden. Selbst die Stadt scheint nicht mehr an sich zu glauben. Das Servicebüro der Stadtwerke ist lieber mal vom Busbahnhof in der Innenstadt weggezogen.

Während in Großstädten die DINKs (double income no kids) in schicken Lofts in der Innenstadt wohnen, besteht in vie-

len anderen Städten die Gefahr, dass die fünf As übrig bleiben. Menschen in Ausbildung, Alte, Arme, Ausländer, Alleinerziehende – Menschen mit niedrigem Einkommen, die sich die gute Luft am Stadtrand nicht leisten können und deshalb in der Innenstadt bleiben müssen.

Nur die Kommunalpolitik kann dafür sorgen, dass es nicht die Stadtviertel der Armen, der Reichen, der Menschen mit Migrationshintergrund, etc. gibt. Wohnortnahe Versorgung muss gewährleistet sein. Familien mit Kindern werden umziehen, wenn es weder KiTa noch Schulen in der Umgebung gibt. Es reicht auch nicht aus, einfach neue Baugebiete auszuweisen, oder wie in der Vergangenheit große Wohnblocks zu bauen. Neue Wohnkonzepte müssen her. Viele Städte haben eigene Wohnungen oder Wohnungsgesellschaften. Das ist richtig und das muss auch so bleiben. Aber während früher klassisch eine Drei- oder Vierzimmerwohnung angeboten wurde, sind jetzt andere Konzepte gefragt. Singles wollen kleinere Wohnungen, ältere Menschen brauchen barrierefreie Wohnungen. Die Bundesregierung hat ein Programm für Mehrgenerationenhäuser aufgelegt. Ein Konzept, das Zukunft hat. Ebenso wie „Rentner-WGs“, die nicht mit einer Studi-WG zu vergleichen sind. Dennoch wird klar, dass Städte und Häuser der Zukunft Gemeinschaft und Solidarität der Bewohner ermöglichen müssen.

Kommunen, die sich selbst in dieser Art gestalten, werden die Gewinner werden. Die demographische Entwicklung wird gerade bei den Kommunen hart zuschlagen. Während sie als Angstmacher in der Debatte um soziale Absicherung verwendet wird, hat sie auf die Kommunalpolitik große Auswirkungen.

In zehn oder zwanzig Jahren wird es auch in Bayern Landstriche geben, wo die Bevölkerung extrem geschrumpft ist. Im Moment ziehen vor allem Menschen aus den neuen Bundesländern um, weil ihnen der Arbeitsmarkt keine andere Chance lässt. Das gleiche gilt aber auch laut einem Bericht der Bundesregierung beispielsweise für Menschen aus dem bayerischen Wald. Während einige Städte mehr Bevölkerung als heute haben werden, werden andere sehr viel kleiner sein. Das heißt für die Kommunalpolitik aber, dass das Müllheizkraftwerk, die Kanalisation, das Wassernetz viel zu groß ausgelegt sind. In diesen Kommunen werden dann vielleicht Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rathaus Büros zur Vermietung anbieten, denn wo keine Menschen leben, braucht man auch keine Verwaltung.

Damit besteht die große Gefahr, dass die Kommunen in einen harten Wettbewerb um Bewohner und Unternehmen treten. Ganz nach dem Motto „wenn Oberwieaachimmer ausstirbt ist es mir egal, solange Unterwieaachimmer überlebt.“ Kommunalpolitik muss darum kämpfen, dass die Bürgerinnen und Bürger dort wohnen können, wo, wie und mit wem sie wollen. Der Kampf um die Kanaldeckel lohnt sich!



**Marietta Eder**

Schweinfurt

Abgeordnetenmitarbeiterin

*Funktion:*  
Mitglied des  
Juso-Landesvorstandes



### Ulrike Boesser

37 Jahre, München, Dipl.-Geographin, Stadträtin, Vorsitzende der ASF München

#### Frage 1

Ich war bereits seit 1996 Mitglied eines Bezirksausschuss in München und habe „nebenbei“ im Studium vieles über Stadtentwicklung und Stadtplanung gelernt. Das ist eine gute Voraussetzung. Außerdem war ich aktive Juso. Mich haben nach und nach Genossinnen und Genossen in meinem Ortsverein, bei den Jusos und aus der Stadtratsfraktion gefragt, ob ich an einer Kandidatur Interesse hätte. Irgendwann habe ich mich dazu entschieden.

#### Frage 2

Ich wusste sehr früh, dass ich mit einem aussichtsreichen Platz rechnen konnte, weil es erklärtes Ziel der Partei war, jungen Kandidatinnen und Kandidaten eine Chance zu geben und die Fraktion zu verjüngen. Und als Juso-Spitzenkandidatin habe ich dann einen der für die Juso-Kandidaten „reservierten“ Plätze bekommen.

#### Frage 3

Mit viel Verständnis meines Lebensgefährten und meiner Familie und Freunde. Aber ich versuche, zumindest an den Wochenenden keine Termine zu haben.



### Alexander Eberl

33 Jahre, Schwarzenbach/Saale (Landkreis Hof), Dipl.-Betriebswirt (FH), 1. Bürgermeister, Vors. der SPD-Kreistagsfraktion

#### Frage 1:

Zunächst bin ich - wie viele Jusos - politisch vorgeprägt und stamme aus einer auch kommunalpolitisch aktiven Familie. Mein Studienschwerpunkt „Public Management“, den ich im Rahmen eines BWL-Studiums an der Fachhochschule Hof gewählt habe und meine anschließende Tätigkeit als Berater für Kommunen und öffentliche Einrichtungen bei einer Unternehmensberatung in Nürnberg haben mir dann gezeigt, dass Kommunalpolitik mehr ist, als die Diskussion über "klappernde Kanaldeckel". Nachdem ich bereits 1996 in den Stadtrat gewählt wurde und mein Amtsvorgänger als Bürgermeister (von der CSU) altersbedingt 2002 nicht mehr kandidiert hat, habe ich die Chance ergriffen, von der Beratungsseite auf die „Gestaltungsseite“ zu wechseln.

#### Frage 2:

Harmonisch. Natürlich hat der ein oder andere amtierende Stadtrat einen Platz unter den ersten zehn gewünscht, viele wollten aber vor allem mein Team unterstützen und waren mit Plätzen im Mittelfeld zufrieden. Auf der Nominierungsversammlung hat dann überraschend ein amtierender Stadtrat seinen Platz 12 einer Newcomerin, die sich kurz vor der Nominierung zur Kandidatur bereit erklärt hat, auf Platz 20 angeboten. Besser hätte eine Parteitagsstrategie nicht sein können.

#### Frage 3:

Indem ich sehr genau abwäge, ob mein Kommen zum ein oder anderen Termin wirklich wichtig ist. Und ich habe kein schlechtes Gewissen, wenn ich mal Samstag und Sonntag keinen Termin wahrnehme. Empfehlung: wer sofort überall hinrennt, fällt auf, wenn er beim nächsten Mal fehlt.



### Florian Seidl

25 Jahre, Hengersberg (Landkreis Deggendorf), Verwaltungsbeamter/Student, Kreisrat

#### Frage 1:

Zu Beginn des letzten Kommunalwahlkampfes war ich seit rund drei Jahren bei den Jusos aktiv, gerade zum Juso-Kreisvorsitzenden gewählt worden und der SPD beigetreten. Weil wir damals viel zu sehr mit Drogenpolitik, Rechtsextremismus und anderen interessanten Politikfeldern beschäftigt waren, stand Kommunalpolitik naturgemäß nicht an erster Stelle auf unserer Agenda. Trotzdem war es für mich keine Frage, dass ich die Jusos auf der SPD-Kreistagsliste vertreten werde. Richtig begeistert und motiviert zu einer Kandidatur hat mich mein jetziger Kreistagskollege und damaliger Juso-Landesvorsitzende Florian Pronold. Und als mir dieser dann auch noch - zum Ärger einiger GenossInnen - seinen sechsten Platz auf der Liste abgetreten hat, musste ich mich natürlich richtig anstrengen.

#### Frage 2:

Eine Liste, die alle zufriedenstellt, kann es nicht geben und nicht selten sorgt das für ernste Verstimmungen. Doch bei allem Verständnis für die Schwierigkeit, alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Bürgermeisterkandidatinnen und -kandidaten sowie amtierende Kreisrätinnen und Kreisräte ganz nach vorne zu stellen, dabei den Reißverschluss einzuhalten und ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Regionen zu gewährleisten, ist es auch für Jusos wichtig, ihren Standpunkt bei der Listenreihung offensiv zu vertreten.

#### Frage 3:

Jedes Ehrenamt kostet Zeit. Abgesehen davon, dass die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes in meine Semesterferien gefallen ist, ist es wichtig, das richtige Maß zu finden: Es gibt Einladungen, die muss ich wahrnehmen, und es gibt Veranstaltungen, die können ohne mich stattfinden. Wenn Sitzungen tagsüber stattfinden, hat man einen gesetzlichen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit - den einen oder anderen Abend, den man auf einer Fraktions-sitzung zubringt, muss man verkraften. Andererseits muss manchmal einfach der Beruf oder das Studium vorgehen.

1. Viele junge Menschen können wenig Attraktives an Politik finden. Du aber hast 2002 für ein kommunales Mandat kandidiert. Wie kam es dazu?

2. Die Listenaufstellung ist meist eine heikle Angelegenheit. Eigentlich sollte es nur erste Plätze geben, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Wie hast Du die Listenaufstellung wahrgenommen?

3. Wahlkampf ist vor allem viel Arbeit. Auch nach der Wahl kostet die gewissenhafte Wahrnehmung des Mandates viel Zeit. Wie bringst Du Dein kommunalpolitisches Engagement mit Job und Privatleben unter einen Hut?

4. Haushalte, Gesetze und Satzungen. Für die Arbeit im Kommunalparlament muss man sich schon ein bisschen auskennen. Musstest Du ins kalte Wasser springen oder hat die Partei Dich vorbereitet? Wie war die Unterstützung während der Wahlperiode?

Frage 4

Ich bin zum Glück in meine Wunschausschüsse gekommen und kann mich mit Themen beschäftigen, die mich interessieren. Das hat den Einstieg sehr mal erleichtert. Manches, wie das mehrstündige Aktenstudium, kannte ich auch aus der Arbeit im Bezirksausschuss. Und ich konnte jederzeit meine Fraktionskolleginnen und -kollegen fragen. Außerdem hat die Fraktion allen neuen Mitgliedern ein Jahr „Einarbeitungszeit“ eingeräumt und in den ersten Wochen haben die "alten Hasen" mehrere Einführungsveranstaltungen organisiert.

Frage 4:

Mein Studium und meine berufliche Tätigkeit waren natürlich eine tolle Basis. Darüber hinaus habe ich Weiterbildungsangebote von der FES (Management und Politik) sowie vom Selbstverwaltungskolleg angenommen. Dies kann ich nur empfehlen. Die tägliche Arbeit wäre übrigens wesentlich einfacher, wenn auch manch selbsternannte „alte Hasen“ von Zeit zu Zeit einmal in einem Seminar über den Tellerrand zu schauen, und zu erfahren, was andernorts läuft.

Frage 4:

Ganz ehrlich, bevor ich das erste Mal als Kreisrat bei einer Kreistagssitzung war, hatte ich nicht viel Ahnung davon, wie ein Kommunalparlament arbeitet - aber da ging es mir wohl nicht anders, als vielen Bürgerinnen und Bürger.  
Es hat eine ganze Zeit gedauert, bis ich mich einigermaßen in meinem neuen Amt zurechtgefunden hatte, und selbst heute noch ist immer wieder etwas neu für mich.  
Zwar gibt es ein paar ganz brauchbare Bücher und Handreichungen für Kommunalpolitikerinnen und -politiker, zum Beispiel von der Friedrich-Ebert-Stiftung, aber das meiste ist und bleibt doch "learning-by-doing". Dabei ist es von großem Vorteil, auch auf den Rat der älteren Fraktionskolleginnen und -kollegen zurückgreifen zu können.

5. Junge Menschen haben im Kommunalparlament oft einen Exotenstatus. Wie waren denn die ersten Sitzungen im Rat und der Fraktion? Hattest Du das Gefühl, Du und Deine Meinung werden ernst genommen? Gibt es Deiner Ansicht nach Unterschiede in der Herangehensweise zwischen Jusos und SPD?

Frage 5

Bei meinem Amtsantritt waren 6 von 35 Fraktionsmitgliedern im Juso-Alter, ein Drittel jünger als 40 Jahre. Ich war also keine „Exotin“. Ich kann nicht sagen, dass ich mich aufgrund meines Alters zurückgesetzt gefühlt habe. Es ist aber ein, zweimal vorgekommen, dass altgediente Kolleginnen und Kollegen versucht haben, sich mit ihrer Erfahrung aufzuspielen.  
Bei der Herangehensweise an politische Themen sind mir zwischen Jusos und SPD keine großen Unterschiede aufgefallen, eher zwischen neuen Kollegen und denen, die schon länger Amt sind.  
Bei manchen hat man den Eindruck, dass sie sich nicht mehr als Stadträtinnen und Stadträte verstehen, sondern als Beschäftigte der Verwaltung. Sie sind so sehr mit Interna beschäftigt, dass sie kaum noch ein Gefühl dafür haben, was wirklich von öffentlichem politischem Interesse ist.

Frage 5:

Meinungen werden dann ernst genommen, wenn sie ordentlich begründet werden - unabhängig vom Alter. Das war meine Erfahrung. Selbstverständlich kam bei meinen Antrittsbesuchen als Bürgermeister oder Terminen bei der Regierung der Satz „Sie sind aber ein junger Bürgermeister!“. Aber sobald man beim Gespräch merkt, ob einer weiß wovon er redet, spielt das Alter keine große Rolle mehr.

Frage 5:

Das Durchschnittsalter meiner Fraktion dürfte irgendwo knapp unter sechzig liegen, ich selbst bin der jüngste davon - und das gilt auch für den ganzen Kreistag. Ich glaube aber nicht, dass mein Alter eine entscheidende Rolle dabei spielt, ob ich ernst genommen werde oder nicht. Natürlich kann es manchmal etwas schwerer sein, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Einige der Genossinnen und Genossen haben ihr Mandat seit über dreißig Jahren und machen den Job sehr routiniert. Das wirkt sich eher weniger positiv auf ihre Innovationsfreudigkeit aus, ist dafür aber oft ein Vorteil bei der alltäglichen Arbeit. Andererseits hat das "Nesthäkchen-Dasein" aber auch etwas für sich: Zumindest in meiner Fraktion werde ich viel gelobt und brauche keine Angst zu haben, auch einmal vermeintlich dumme Fragen zu stellen.

6. Was wolltest Du im Gemeinderat erreichen? Hast Du es geschafft? Welche Ziele setzt Du Dir persönlich für die nächste Amtszeit?

Frage 6

Mein Hauptziel wurde erreicht: Die SPD ist größte Fraktion im Rathaus und regiert die Stadt. Das habe ich mir auch für 2008 bis 2014 vorgenommen.

Frage 6:

Ich habe einige konkrete Projekte anstoßen bzw. zu Ende bringen können. Mein größtes Ziel, die gespaltene Bevölkerung nach einem Bürgerentscheid kurz vor der Wahl wieder zu versöhnen, ist mir gelungen. Wir haben tolle Projekte in Sachen „Bürgerbeteiligung“ durchgeführt, so z.B. eine Dialogplanung zur Umgestaltung der Altstadt. Einige Schritte vorwärts gekommen sind wir auch bei der interkommunalen Zusammenarbeit, was mir sehr am Herzen liegt.  
Und schließlich haben wir das große kulturelle Potenzial unserer Bevölkerung gebündelt und zahlreiche Aktionen, etwa eine „Schwarzenbacher Fischflut“ oder einen „Jean-Paul-Weg“ durchgezogen.

Für die nächste Amtszeit geht es mir um die Revitalisierung einer großen Industriebrache, für die momentan ein großer Wettbewerb startet, die Umgestaltung des Rathaushofes, die Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit im Schul- und Bauhofbereich und Konsolidierung unserer Finanzen.

Frage 6:

Mein Vorsatz für die Arbeit im Kreistag war, die BürgerInnen bei uns im Landkreis auch abseits der Wahlen mehr für Kommunalpolitik zu interessieren, stärker in laufende Prozesse einzubeziehen und mich insgesamt für mehr Transparenz einzusetzen bei den Entscheidungen, die getroffen werden. So war zum Beispiel die Öffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen der privatrechtlich organisierten Gesellschaften im Eigentum des Landkreises ein Thema, das die SPD-Fraktion im Kreistag maßgeblich vorangetrieben hat. Es ist mir aber leider nicht immer gelungen, meinen Vorsatz wahr zu machen - deswegen möchte ich ja auch wieder gewählt werden. Für die nächste Amtszeit habe ich mir außerdem zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit meiner Fraktion mehr eigene Projekte anzuschließen und nicht nur immer auf das zu reagieren, was der Landrat und die CSU gerade vorhaben.



## Kristina Widmann

34 Jahre, Pliening (Landkreis Ebersberg)  
Marketingmanagerin bei einem Finanzdienstleister in München, Gemeinderätin, Jugendreferentin, stv. SPD-OV-Vorsitzende, Juso-Kreisvorsitzende, Mitglied im SPD-Kreisvorstand

### Frage 1:

Nach 1996 habe ich 2002 zum zweiten Mal kandidiert, 2008 wird meine dritte „Runde“ werden. Zur ersten Kandidatur kam ich wie die sprichwörtliche Jungfrau zum Kind: Eigentlich wollte unser Fraktionsvorsitzender meinen Vater für die Gemeinderatsliste gewinnen. Spontan habe ich die Kandidatur übernommen und wurde prompt gewählt. SPD-Mitglied bin ich 2001 geworden.

### Frage 2:

Alte und Junge, Männer und Frauen, Neuzugezogene und Alteingesessene, verschiedene Ortsteile und unterschiedliche Berufe - alles soll so gerecht wie möglich abgewogen werden. Eine gewisse Konkurrenz ist wichtig für die Demokratie. Alle Listenaufstellungen, die ich bisher erlebt habe, verliefen relativ fair.

### Frage 3:

Politik ist mein Hobby! So wie andere z.B. ein Instrument spielen, im Sportverein aktiv sind oder gerne am Auto schrauben. Natürlich gibt es auch trockene Pflichttermine oder unangenehme Auseinandersetzungen - aber das hält sich in Grenzen. Die Aufgaben sind abwechslungsreich und machen Spaß. Ich bekomme Einblick in vielfältige Lebensbereiche und habe mit sehr unterschiedlichen Menschen zu tun, die ich ohne mein Amt nie kennen gelernt hätte.

### Frage 4:

Sowohl die Partei als auch überparteiliche Organisationen bieten ein vielfältiges Bildungsangebot. Besonders empfehlen kann ich die Kommunal-Akademie von SGK und SPD-Parteivorstand.

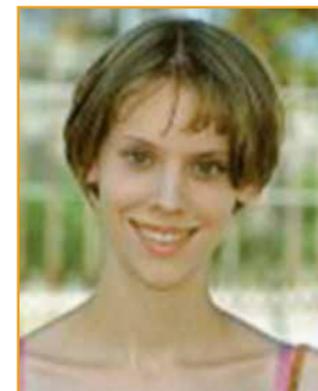
Außerdem kann man immer bei erfahrenen Kollegen nachfragen. Es kommt vieles Neue auf einen zu, aber mit Eigeninitiative und der angebotenen Unterstützung ist alles erlernbar!

### Frage 5:

Meine Erfahrung hat gezeigt, dass ein junger Mandatsträger, der ernsthaft an seine Aufgabe herangeht, auch ernst genommen wird. Natürlich will man frischen Wind hereinbringen, aber ein gewisser Respekt vor den „alten Hasen“ ist nicht fehl am Platz. Und noch ein Tipp: Keine Angst vor vermeintlich hohen Tieren - die kochen auch nur mit Wasser! Da ich vorher kein Parteimitglied war kann ich nicht beurteilen, ob es Unterschiede zwischen Jusos und SPD gibt.

### Frage 6:

Mein generelles Ziel ist es die Sicht junger Leute ins Kommunalparlament zu bringen. Auch in einem Dorf - wie es meine Heimatgemeinde ist - sollen nicht alteingesessene Landwirte die gesamte Entwicklung bestimmen! Ich habe mich z.B. für einen Jugendraum, eine Skaterbahn, Fahrradwege und den Ausbau der Kinderbetreuung eingesetzt. Diese Vorhaben wurden verwirklicht, auch wenn es einige Jahre gedauert hat. Ein gewisses Durchhaltevermögen für das Bohren von dicken Brettern kann nicht schaden



## Sonja Wild

30 Jahre, Nürnberg, PR-Volontärin, Stadträtin, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Nordbahnhof-Vogelherd, stv. Juso-Landesvorsitzende

### Frage 1:

Ich habe mich bereits im Vorfeld der Kommunalwahl 1996 entschieden, für ein Mandat zu kandidieren. Damals gab es nur wenige junge Kandidaten auf der SPD-Liste - und noch viel weniger junge Kandidatinnen. Meine Entscheidung war relativ kurzfristig, und ich muss zugeben, dass ich damals mit 18 noch keine konkrete Vorstellung davon hatte, wie die Arbeit in einem Stadtrat genau aussieht. Ich war in erster Linie gespannt auf den anstehenden Wahlkampf, zumal ich nicht damit rechnen konnte, ein Mandat zu gewinnen. Ich hatte damals nämlich einen schlechten Platz auf der Liste, konnte allerdings bei der Wahl einige Plätze gut machen und bin schließlich 2000 in den Stadtrat nachgerückt.

### Frage 2:

Es ist für uns Jusos immer noch schwierig, unsere Ansprüche bei den Listenaufstellungen durchzusetzen. Die Erfahrung mussten wir auch in Nürnberg machen. Zwar hat die Partei inzwischen registriert, dass sie junge Kandidatinnen und Kandidaten braucht, aber das hilft nicht immer uns Jusos. Allerdings weiß ich auch, dass es nicht einfach ist, die unterschiedlichen Interessen von Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften zu berücksichtigen, und dabei auch noch eine möglichst interessante und abwechslungsreiche Liste auf die Beine zu stellen. Wichtig ist mir auch, dass die Jusos weiter dafür kämpfen müssen, dass sich die Partei bayernweit an das bewährte Reissverschlussverfahren hält, um Frauen wie Männern gleiche Chancen zu geben.

### Frage 3:

Das ist tatsächlich ein Problem. Da bei uns Sitzungen immer während der Arbeitszeit stattfinden, muss der Arbeitgeber ein großes Maß an Verständnis für die ehrenamtliche Tätigkeit mitbringen. Und gerade die wichtigen Außentermine, auf denen man unter dem Jahr präsent sein muss, schränken die Freizeit doch erheblich ein. Wer nicht bereit ist, gewisse Opfer zu bringen, wird als kom-

munaler Mandatsträger nicht glücklich werden. Andererseits wird man durch eine sehr interessante und spannende Tätigkeit entschädigt - und man kann tatsächlich Einfluss auf konkrete Entscheidungen vor Ort nehmen.

### Frage 4:

Die Partei hat uns zwar Infoveranstaltungen und Hilfestellungen angeboten - trotzdem war es für mich durchaus ein Sprung ins kalte Wasser. Und auch heute lerne ich immer wieder dazu. In diesem Wahlkampf haben wir im Unterbezirk Kandidatenpatenschaften eingeführt, bei denen sich jeweils ein amtierendes Stadtratsmitglied um eine neue Kandidatin oder einen neuen Kandidaten kümmert. Diese Idee finde ich sehr gut, ich bin gespannt, wie sie sich bewährt.

### Frage 5:

Meine erste Stadtratssitzung war für meine Begriffe äußerst undramatisch, weil sie sehr kurz war und kaum gravierende Beschlüsse gefällt wurden. Für mich sind die Sitzungen der Ausschüsse deutlich interessanter, weil dort Themen ausführlich fachlich diskutiert werden können und durch die geringere Anzahl an Mitgliedern auch theoretisch jeder mitdiskutieren kann. Inzwischen glaube ich schon, dass ich ernst genommen werde, auch wenn es immer noch besser sein könnte. Bei der Herangehensweise unterscheiden wir Jusos uns dadurch, dass wir in der Regel eher inhaltlich an Themen herangehen, die für die "alten Hasen" eher strategisch zu diskutieren sind.

### Frage 6:

Meine Schwerpunkte im Stadtrat sind die Bildungspolitik, der Bereich Jugendhilfe und die Verkehrspolitik. In den letzten sieben Jahren haben wir in diesen Bereichen etliche Dinge erreicht, an denen ich auch beteiligt war. Besonders wichtig ist mir, dass wir die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe verbessern, denn beide Bereiche tragen zur Bildung von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen bei - nur dass die Strukturen im Schulbereich immer noch zu starr und zu einseitig sind. Außerdem liegt mir im Bereich Verkehrspolitik besonders der ÖPNV am Herzen - auch, weil für Nürnberg als Großstadt die CO<sub>2</sub>- und Feinstaubbelastung ein ständiges Problem sind.

# Kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Es heißt oft, dass Parteipolitik in der Kommunalpolitik eine untergeordnete Rolle spielt. Das, was im Kommunalparlament stattfindet, sei lediglich „pragmatische“ Problemlösung, bei der alle Fraktionen an einem Strang ziehen sollten. Wenn dem so ist, warum können mit den gleichen, gegebenen wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumenten so unterschiedliche Ergebnisse erzielt werden? Ist es egal, wer in kommunale Ämter und Parlamente gewählt wird? Auch und gerade die kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist ein Prüfstein für sozialdemokratische Werte.

Wir leben in einer Zeit, in der Teilhabe in der Gesellschaft maßgeblich durch Arbeit bestimmt wird. Dabei wird so genannte gute Arbeit seltener und entsteht gleichzeitig vor allem dort, wo Kapital ohnehin schon konzentriert ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen aber, dass Arbeitsplätze dort entstehen, wo Menschen leben und wohnen, nicht nur in Clustern und Metropolen. In erster Linie geht es darum, den aktuellen Bestand an Gewerbe zu pflegen und neue Unternehmen im Ort anzusiedeln. Das sichert der Gemeinde nicht nur eine eigene Finanzierungsquelle, mit der sie die Lebensqualität einer Gemeinde verbessern kann. Sie verschafft damit ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Existenzgrundlage. Innerhalb eines begrenzten Rahmens steht es der Gemeinde frei, zum Zweck der Ansiedlung von Unternehmen steuerliche Anreize zu gewähren. Dabei darf es aber nicht zu Dumpingschlachten mit Nachbargemeinden und -landkreisen um den günstigsten Gewerbesteuerhebesatz kommen. Bevor Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker die Solidarität mit ihrer Region auf diese Weise aufkündigen, sollten sie bedenken, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer für Unternehmen bei der Wahl ihrer Standorte nur ein Faktor unter vielen ist. Ein wichtiges Instrument ist die kommunale Wirtschaftsförderung, die in unterschiedlicher Form organisiert sein kann. Sie sollte ihre Ambitionen nicht bloß auf das Verwalten der Förderprogramme der Staatsregierung

beschränken. Vielmehr wird sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern viel daran gelegen sein, neben regionalen Unternehmensvereinigungen auch in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden etc. ein Leitbild für die Kommune oder die Region zu entwickeln. Zu einem guten Image gehört es, Kontakte zu Unternehmerinnen und Unternehmern und Betriebsrätinnen und Betriebsräten zu knüpfen und zu pflegen. Auch kann die Gemeinde den Unternehmen ihrerseits helfen. Sie kann die Bekanntheit „ihrer“ Unternehmen regional und überregional steigern, z.B. indem sie Gewerbetessen organisiert.



Betrachtet man die Möglichkeiten der kommunalen Beschäftigungspolitik, darf man die Rolle der Kommune als Arbeitgeber nicht vergessen. Auch wenn ihr Ruf mit dem konjunkturbedingten Einbruch der Finanzbasis der Kommunen und dem Investitionsstau der letzten Jahre gelitten hat. Mit der zunehmenden Vergabe oder Privatisierung kommunaler unternehmerischer Tätigkeiten sind Verwaltungen „verschlankt“ worden und in der Regel sind die Gehälter und Löhne der beauftragten Unternehmen im Durchschnitt gesunken. Ein Effekt, der den Kommunen vielleicht gelegentlich finanzielle Erleichterung verschaffen konnte, wenn er sich nicht gleichzeitig im Sozialbudget ausgewirkt hat. In jedem Fall hatte diese Entwicklung ihren volkswirtschaftlichen Preis.

Wie bereits erwähnt, orientieren sich erfolgreiche Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Produktionsstandorten nicht nur auf Faktoren, die sich in Zahlen in ihrer Bilanz ausdrücken lassen. Vielmehr sorgen sie sich auch um das Wohlbefinden ihrer Angestellten, die vor Ort leben und wohnen müssen. Daher darf eine sozialdemokratische Ansiedlungspolitik die so genannten weichen Standortfaktoren nicht vernachlässigen. Die beste Infrastruktur und der geringste Gewerbesteuerersatz helfen nicht weiter, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kilometerweit fahren müssen, um ihre Kinder zur Schule oder zum Kindergarten zu bringen oder ihre Freizeit zu genießen. Deshalb gehören Krippenplätze, Schulen, Sportvereine, Naherholungsgebiete und Einkaufsmöglichkeiten auf eine nicht abschließende Liste von Einrichtungen, die nur auf den ersten Blick als wirtschaftspolitisch irrelevant erscheinen mögen. Damit ein Standort attraktiv bleibt, reicht es nicht, sich auf den Früchten des Erfolges auszuruhen. Vielmehr muss eine Kommune stetig Investitionen tätigen.

Es war in den vergangenen Jahren allerdings nicht einfach für die Kommunen, sich die finanziellen Freiräume schaffen, um hinreichend zu investieren. Die Kommunalpolitik muss sich darauf verlassen können, dass die Gewerbe-



steuer als relativ konjunkturunabhängige Einnahmequelle bestehen bleibt und ausgebaut wird. Die Kommune kann selbst darüber entscheiden, ob sie unmittelbar auf allen vorstellbaren wirtschaftlichen Feldern unternehmerisch tätig sein will. Meist wird sie über Stadtwerke - kommunale Unternehmen - aktiv, die vor allem Güter wie Strom, Gas, Wasser und Dienstleistungen wie öffentlichen Personennahverkehr oder Abwasserentsorgung bereitstellen.

In einem eher begrenzten Rahmen können sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen auch arbeitsmarktpolitisch aktiv werden, das heißt dabei helfen, offene Stellen und arbeitssuchende BürgerInnen zusammenzubringen. So können Unternehmen, deren Vereinigungen und kommunale Behörden besser vernetzt werden, um für Arbeits- und Ausbildungsplätze zu werben. Zum Beispiel können Unternehmer zu Schulprojekten („job days“ etc.) eingeladen werden, um dem Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ etwas Leben einzuhauchen, indem sie SchülerInnen etwa bei Bewerbungen helfen.

Die Ansiedlung von Industrie- und Dienstleistungsbetrieben darf dabei selbstverständlich keineswegs auf Kosten einer intakten Umwelt geschehen. Vielmehr gilt es die Natur als eigenständigen Faktor zu begreifen und in das wirtschaftspolitische Leitbild zu integrieren.

Eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zeichnet sich insbesondere also dadurch aus, dass sie ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt.



**Daniel Abitor**

Wolfratshausen

Doktorand der Politologie

**Funktion:**  
stellvertretender Juso-  
Landesvorsitzender

# Umweltpolitik

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, Umweltpolitikerinnen und -politiker seien Alternative mit Birkenstocks, die nur Bäume umarmen, aber die wahren politischen Probleme dieses Landes nicht sehen. Es ist häufig genau anders herum: Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik kann man nicht trennen, und diejenigen, die das bis heute leugnen, sind vor allem unter den Wirtschafts- und Sozialpolitikerinnen und -politikern zu suchen, nicht unter denen, die Umweltpolitik machen.

Hochwasser treffen vor allem diejenigen, die sich vor den daraus resultierenden Folgen nicht schützen können. Deiche, Dämme, höhere Häuser oder Versicherungen kosten Geld und können nur bei vorhandenem Vermögen oder einem geeigneten Arbeitsplatz bezahlt werden. In der Folge von nicht gut bewältigten Hochwässern schimmeln feuchte Keller, müssen Teppiche erneuert werden, treten Krankheiten auf. Wasserknappheit verteuert Trinkwasser, Ölknappeit verteuert Benzin und erhöht die Heizkosten. Die heutigen Umweltprobleme sind häufig nicht so eklatant sichtbar wie in vergangenen Jahrzehnten, dafür aber umso schwieriger zu bekämpfen.

In der Kommune können wir viel dafür tun, um Umweltschutz und gleichzeitig soziale Politik zu betreiben. Ohne Zweifel muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß von allen Menschen vermindert werden. Dies kann ganz konkret vor Ort dadurch geschehen, dass der ÖPNV ausgebaut wird und die Fahrkarten günstig angeboten werden. Viele Menschen haben zwar ein Fahrrad, benutzen es aber kaum. Das schlummernde Potential weckt man durch ein intelligentes Radwegenetz. Hier sind Umwelt- und Gesundheitspolitik leicht unter einen Hut zu bekommen. Fußgänger, Radfahrer und der ÖPNV müssen Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr bekommen, sei es durch daraufhin konzipierte Ampelschaltungen, Busspuren auf den Straßen oder den Ausbau von Zebrastreifen und Fußgängerzonen. Eine weniger durch Verkehr belastete Stadt ist schöner und gesünder. Sie ist auch leiser. Eines der Hauptprobleme von Anliegern größerer Durchgangsstraßen, Bundesstraßen oder Autobahnen ist der Lärm. Manches lässt sich durch geschickte Verbauung regeln, manches durch den Straßenbelag. Besser jedoch ist es, das Gesamtverkehrsaufkommen zu vermindern und zumindest den Schwerlastverkehr nachts aus der Stadt zu verbannen. Gut beschilderte weiträumige Umfahrungen sind kein Wunschdenken, sondern beispielsweise in Hessen vielfach Wirklichkeit. Langfristig hilft natürlich nur die Verlagerung auf die Schiene, aber hier haben Kommunen leider nur wenig Mitsprachemöglichkeiten.

Manchmal bedeutet Umweltschutz in der Kommune aber auch ganz konkret: Bäume pflanzen. Bepflanzungen an Straßen schlucken Lärm und Staub, größere Parks sorgen vor allem in heißen Sommern für ein angenehmeres Stadtklima, grüne Zungen von außen in den Ort hinein sind wichtige Frischluftschneisen in allen Jahreszeiten. Grünanlagen bieten kostenlos für alle Bevölkerungsschichten Erholung. Sie sind wichtig für ein besseres Miteinander, kulturelle Veranstaltungen in Parks steigern die Attraktivität noch. Ähnliche Wirkungen haben schön gestaltete Bachläufe durch die Stadt, Spielplätze, Bolzplätze oder Kleingartenanlagen. Vor allem Familien mit kleineren Kindern, Jugendliche und Senioren profitieren vom Grün in der Stadt.

Noch direkter hat die Kommune Einfluss auf die Wasser- und Energieversorgung. Überall, wo bis heute die Stadtwerke nicht privatisiert wurden, müssen wir dafür kämpfen, dass sie in kommunaler Hand bleiben. Denn sonst geben wir alle Möglichkeiten auf, Einfluss zu nehmen. Jede Kommune kann dezentral Energie



gewinnen – mit Solarkollektoren auf dem Rathausdach oder auf Schuldächern, vor allem in Süd- und Nordostbayern mit Geothermie, in ländlichen Gemeinden mit Biogas, überall in Bayern mit Windkraftwerken, Holzhackschnitzelanlagen, Blockheizkraftwerken usw. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Und wenn für letztere beiden die Rohstoffe wie Holz, Stroh, Raps aus der Region kommen, hat man noch die umgebende Wirtschaft gestärkt und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber weiten Anfahrtswegen gemindert.

Aktive Standortpolitik kann man betreiben, indem Firmen angesiedelt werden, die im immer größer werdenden Markt für erneuerbare Energien tätig sind. Sie sind sicher zukunftsweisender als Logistikunternehmen, die nur auf LKWs setzen, auch wenn das kurzfristig anders zu sein scheint. Je höher die Ölpreise werden, desto mehr lohnt es sich für eine Kommune, sich nach anderen Energieträgern umzusehen. Und desto mehr lohnt es sich, in die Dämmung von Häusern und öffentlichen Gebäuden zu investieren.

Und jetzt habe ich noch gar nicht vom Abwasser, dem Müll oder Umweltbildung in den Schulen und Kindergärten gesprochen. Ihr seht also: Umweltschutz in der Kommune ist keine Beschäftigung für Freaks, sondern aktive Sozial- und Wirtschaftspolitik. Sie interessiert viele Politikerinnen und Politiker nicht, die in den 60er und 70er Jahren politisch groß geworden sind (und das dürfte die Mehrheit in den meisten Räten sein), aber sie interessiert die Bevölkerung und sie interessiert vor allem junge Menschen. An uns ist es, die Zukunft unserer Kommune zu gestalten!



**Dr. Hannaleena Pöhler**  
Bayreuth  
Diplom-Geoökologin  
Funktion:  
Mitglied des  
SPD-Landesvorstandes

# Vereinbarkeit von Familie und Beruf

immer als eine Querschnittsaufgabe gesehen werden, die die Belange von Kindern und ihren Eltern in die gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche integrieren muss. Dabei stehen nicht-monetäre Leistungen im Vordergrund, um Lebensumfelder zu schaffen und zu fördern, die Kin-

sen – oft auch die finanziellen Mittel (das ist aber oft auch eine Frage der Prioritäten). Hier muss die Kommune zumindest sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien (vor allem bei Alleinerziehenden, Geringverdienenden) solche Einrichtungen ebenfalls be-



## Wie wirkt sich die Bundes- und Landespolitik auf die Kommunen aus, und was können die Kommunen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun?

Ein zurzeit immer wieder heiß diskutiertes Thema ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Soll „frau“ die Familie als ihren einzigen Beruf sehen und sich dort – à la Eva Hermann – am Herd austoben und rund um die Uhr für Kinder und Partner zur Verfügung stehen? Oder sollte sie weiterhin Vollzeit arbeiten und ihr Kind „fremd betreuen“ lassen – Model Rabenmutter? Gibt es vielleicht nicht auch eine Lösung zwischen diesen beiden Extremen? Dieser Artikel möchte einen kurzen Überblick darüber geben, was die Politik auf den verschiedensten Ebenen in die Wege leitet, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und wie sich Politik um Kinder kümmert.

In den letzten Jahren hat sich viel getan in Sachen Familienpolitik und insbesondere Kinderbetreuungspolitik. Neben den klassischen, vor allem finanziell ausgerichteten, Instrumenten der Familienpolitik, wie Kindergeld, Steuerfreibeträge, Ehegattensplitting (nur für die „klassische“ Familie von Vorteil) haben Politikerinnen und Politiker in den letzten Jahren viel daran gesetzt, auch praktische Hilfe und Unterstützung vor Ort zu bieten. Immer mehr rückt dabei die Thematik Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund. Vor allem den Frauen soll es verstärkt ermöglicht werden, sowohl eine Familie zu gründen als auch weiterhin einem Beruf nachzugehen. Mehr als diverse finanzielle Anreize ist die tatsächliche Kinderbetreuung vor Ort der entscheidende Faktor für Mütter und Väter, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht.

Im Bereich der Kinderbetreuung gibt das Sozialgesetzbuch, Aches Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) Rahmenbedingungen auf Bundesebene vor. Die Landesgesetzgeber haben diese durch entsprechende Kindertagesstättengesetze weiter ausgestaltet. Dadurch wird ein vielfältiges Spektrum von Kinderbetreuungsmöglichkeiten angeboten: Krippen, Tagesmütter, Kindergärten, Horte, Ganztagschulen etc. Ihnen allen gibt die Politik den Auftrag Kinder zu erziehen, zu bilden und zu betreuen. Diese Einrichtungen sollen:

1. die Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit fördern,
2. die Erziehung und Bildung in der Familie unterstützen und ergänzen,
3. den Eltern dabei helfen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung besser miteinander vereinbaren zu können. (SGB VII, §22 Abs. 2)

Neben diesen politischen Vorgaben, was Kinderbetreuung leisten soll, ist der Bund zusammen mit den Ländern in den vergangenen Jahren verstärkt dazu übergegangen, die Einrichtung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu forcieren. Hier ging es insbesondere der rot-grünen Bundesregierung darum, die Betreuung der unterdreijährigen Kinder auf sichere Füße zu stellen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. So wurde im Dezember 2004 das Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) verabschiedet, das zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist. Ziel ist der qualitätsorientierte und bedarfsgerechte Ausbau der Tagesbetreuung speziell für Kinder unter drei Jahren. 230.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze sollen so bis Oktober 2010 entstehen.

Im Mai 2007 hat sich die Große Koalition außerdem darauf verständigt, ab 2013 einen Rechtsanspruch für Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr einzuführen (einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr gibt es bereits). Dabei hat die SPD-Fraktion durchgesetzt, dass sich der Bund finanziell an den Betriebskosten für die Kinderbetreuungseinrichtungen beteiligt, damit der angestrebte Ausbau insbesondere von den Kommunen auch finanziell bewerkstelligt werden kann.

Aber wenn es darum geht, den Worten Taten folgen zu lassen redet die Politik gerne darüber, wie wichtig es doch ist, dass Eltern Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Sobald es aber vor Ort darum geht, Betreuungseinrichtungen für Kinder – insbesondere Kinder, die jünger als drei Jahre alt sind – zu schaffen, fehlt oft der politische Wille, die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Immer mehr Kommunen erkennen aber, dass sich kommunalpolitische Entscheidungen stets unmittelbar auf das Leben und das Lebensumfeld von Familien und Kindern auswirkt. Kommunale Familienpolitik muss deshalb

den und ihren Eltern gerecht werden. Die eindeutige Stärke der kommunalen Familienpolitik liegt darin, dass sie vor Ort mit ihren Maßnahmen konkret dort ansetzen kann, wo tatsächlich Bedarf besteht (ein Kindergarten in einer Wohngegend mit kinderlosen Singlehaushalten ergibt wenig Sinn). Der Bund und das jeweilige Bundesland geben über ihre politischen Rahmenvorgaben (und Förderprogramme) wichtige Impulse, die dann den lokalen Gegebenheiten im Sinne der Gestaltung eines kinder- und familienfreundlichen Umfeldes anzupassen sind. Im Bereich der Kinderbetreuung müssen die Kommunen deshalb bereit sein, die Verfügbarkeit und Ausrichtung der Kinderbetreuungseinrichtungen den Wünschen der Eltern anzupassen. Den wenigsten Eltern ist heutzutage mit Kindergartenöffnungszeiten von 8-12 Uhr geholfen, wenn sie noch einem Beruf nachgehen. Hier müssen kommunale Kinderbetreuungseinrichtungen (ebenso wie die privat organisierten) flexible Angebote schaffen: frühes Bringen der Kinder, Mittagessen, Nachmittagsbetreuung... Die Eltern müssen das Gefühl haben, dass ihre Kinder gut betreut werden – dies können die Kommunen über eine entsprechende Ausstattung der Einrichtung und insbesondere über die Schaffung der notwendigen Stellen für qualifiziertes Betreuungspersonal (Stichwort Stellenschlüssel) erreichen. Neben dem klassischen Kindergarten für Kinder ab drei Jahren bis zum Schulanfang müssen die Kommunen auch Angebote für Kinder unter drei Jahren bieten, damit auch Eltern jüngerer Kinder Familie und Beruf vereinbaren können. Und natürlich muss auch während der Schulzeit der Kinder eine qualifizierte Betreuung angeboten werden: entweder über Ganztagschulen oder über eine Nachmittagsbetreuung in der Schule oder im Hort. Ein weiteres Problem, das vielen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erschwert sind die Ferien: Der eigene Urlaubsanspruch reicht in den wenigsten Fällen aus, um die Kinder in den Schulferien zu betreuen. Auch hier sollten die Kommunen über Ferienfreizeiten etc. Betreuungsmöglichkeiten bieten. Erstrebenswert ist in allen Fällen, dass solche kommunalen Angebote der Kinderbetreuung den Familien kostenlos zur Verfügung gestellt werden (hier versucht die SPD langfristig die Beitragsfreiheit auf Bundesebene zu verankern). Doch dazu fehlt in vielen Kommunen der politische Wille und – in Zeiten knapper Kas-

suchen können, ohne dass die Eltern hohen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind (einkommensabhängig gestaffelte Gebühren sind hier das häufigste Instrument). Viele Kommunen unterstützen außerdem private Initiativen und / oder sind in Lokalen Bündnissen für Familien aktiv. Kommunen verabschieden Leitlinien für ihre Kinder- und Familienpolitik (z.B. München) oder legen kommunale Bauprojekte auf, um familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen (z.B. Kaufbeuren). Kommunale Jugendämter bieten Qualifizierungen für Tagesmütter an, und bieten somit Familien eine weitere Form der qualifizierten Kindertagesbetreuung.

Wichtig bei allen politischen Entscheidungen und Vorgaben ist und bleibt aber, dass (zukünftige) Eltern – insbesondere die Frauen – eine echte Entscheidungsfreiheit haben, wie ihre persönliche Planung der Kinderbetreuung aussieht: egal ob die Mutter (oder vielleicht auch mal der Vater) aus freien Stücken (und nicht wegen Elterngeld oder mangels anderer Betreuungsalternativen) zu Hause bleibt um die Kinder zu betreuen, egal ob ein Elternteil halbtags arbeitet und den Rest des Tages die Kinder betreut, egal ob beide Elternteile (oder im Falle der Alleinerziehende ein Elternteil) ganztägig arbeiten und die Kinderbetreuung zeitweise in andere Hände geben – alle „Modelle“ sollten gesellschaftliche Anerkennung finden. Der Staat muss zusätzlich auf allen Ebenen über politische Vorgaben umfassende und ausreichende Rahmenbedingungen schaffen, dass Eltern, die es wollen, Familie und Beruf miteinander vereinbaren können und zwar ohne starke finanzielle Belastungen für die einzelnen Familien. Wenn hier die Rede von Familie ist, ist darunter keinesfalls ausschließlich die Konstellation verheiratete Eltern + Kinder zu sehen. Vielmehr ist für mich Familie überall dort, wo Kinder und Erwachsene zusammen leben – egal ob die Eltern verheiratet sind oder nicht, egal ob das Kind bei Mutter oder Vater, in einer „Patchworkfamilie“, bei einem homosexuellen Paar etc. lebt.

Laut SPD-Bundestagsfraktion geben Bund, Länder und Gemeinden jährlich 184,5 Milliarden € für familienbezogene Leistungen aus. Leistungen, die sich aus 153 verschiedenen Posten zusammensetzen. (Familienkonzept der SPD, Stand 26.02.2007 unter [www.spd-fraktion.de](http://www.spd-fraktion.de), 1.10.2007).

Im Zusammenhang mit dieser Einigung fordert insbesondere die CSU eine finanzielle Unterstützung für die Eltern / Mütter, die ihre Kinder zu Hause betreuen (so genannte „Herdrämie“).



**Katharina Schrader**

Kempten

Wissenschaftliche Mitarbeiterin MdB Wahlkreisbüro

**Funktion:**  
stellvertretende Juso-Landesvorsitzende

# Moderne Kommunalpolitik muss interkulturell sein

Integrationspolitik ist in den vergangenen Jahren zu einem Dauerbrenner der politischen Diskussion in Deutschland geworden. Erstaunlicherweise hat sie in den letzten Monaten sogar die Zuwanderungsdebatte an Präsenz und Gewichtung überholt. Was viele Linke und Praktiker seit Jahren fordern: Nicht in erster Linie darüber streiten, ob jemand kommen kann, und wenn ja wer. Viel wichtiger: Wie leben die Menschen, die schon hier sind? Welche Rolle spielen sie in der Gesellschaft? Was kann die Politik, was kann die Zivilgesellschaft, was können die Einzelnen tun, um die Situation der „Neuen“ zu verbessern. Natürlich ist der Tenor in der Diskussion je nach politischem Lager sehr unterschiedlich. Die einen stellen die Probleme in den Mittelpunkt, sehen die Schuld bei den Migrantinnen und Migranten, fordern Anpassung und Leitkultur. Andere leugnen die Probleme, idealisieren „Multikulti“ und klagen die Diskriminierung durch die Etablierten an. Dennoch, die Debatte ist auch an vielen Stellen unaufgeregter, sachlicher und differenzierter geworden. Friedrich Merz hat an politischer Bedeutung verloren, Koch und Rüttgers sind vorsichtiger geworden, um die Rüttschule ist es still geworden. Im Zuge der Umsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes, des Integrationsgipfels und des so genannten Nationalen Integrationsplans haben Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktiker sowie Betroffene an Einfluss gewonnen, was in manchen Fällen auch positive Auswirkungen auf die Politik haben kann.

Doch zurück zum eigentlichen Thema. Fest steht: Es leben viele Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land. Der Mikozensus von 2005 hat dazu erstmals verlässliche Zahlen geliefert, die unabhängig von Fragen der Staatsangehörigkeit sind. Danach sind 15,3 Millionen Bundesbürgerinnen und -bürger (das entspricht 18,6%), zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebens nach Deutschland eingewandert, oder aber dies trifft auf mindestens einen Elternteil zu. Freilich verteilen sich diese Menschen nicht gleichmäßig in Deutschland: Im Westen sind sie häufiger als im Osten, sie leben eher in den Städten als auf dem Lande. Über einen Kamm scheren kann man die Migrantinnen und Migranten nicht. Sie stammen aus den unterschiedlichsten Ländern, ihre Motivationen zu migrieren sind vielfältig, Bildungshintergrund sowie die soziale und

wirtschaftliche Situation höchst verschieden. Die größten Gruppen sind einerseits die ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter und ihre Familien aus der Türkei, aus Italien, Spanien und Griechenland sowie aus dem ehemaligen Jugoslawien und nordafrikanischen Staaten. Andererseits Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Jüdinnen und Juden aus den ehemaligen Ostblockländern. Hinzu kommen unter anderem Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, EU-Staatsbürgerinnen und EU-Staatsbürger, Saisonarbeitskräfte, Studierende, Fachkräfte, Eheleute von deutschen Staatsangehörigen, und, leider auch, Menschen ganz ohne legalen Aufenthaltsstatus.

Die meisten der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund haben ein gesichertes Einkommen, einen Freundes- und Bekanntenkreis, nehmen am gesellschaftlichen Leben teil, und sind in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Allerdings ist auch statistisch belegt, dass die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen und Institutionen unserer Gesellschaft bis heute geringer ist als der Bevölkerungsdurchschnitt. Migrantinnen und Migranten sowie ihre Kinder haben weniger Chancen, einen qualifizierenden Bildungsabschluss zu erreichen. Sie erhalten seltener einen Ausbildungsplatz und sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Kommunalpolitik hat einen erheblichen Einfluss auf das Leben von Menschen. In der Kommune leben die Menschen, hier schließen sie Bekanntschaften, hier lernen sie, hier arbeiten sie. Integration beginnt in der Kommune. Die Kommunalpolitik hat viele Handlungsmöglichkeiten, kann viele Stellschrauben beeinflussen, um das Leben in einer Gesellschaft sinnvoll zu gestalten, in der Migration ein alltägliches Phänomen geworden ist. Moderne Kommunalpolitik muss sich den interkulturellen Herausforderungen unserer Zeit stellen.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Punkte einer interkulturell ausgerichteten Kommunalpolitik kurz umrissen werden.

Vorweg gesagt sind fast alle der hier angesprochenen Aspekte Kernbestandteile einer linken, fortschrittlichen und emanzipatorischen Kommunalpolitik, die auf den Interessen der Mehrheit aufbaut, jedoch die Belange von Minderheiten nicht aus dem Blick verliert.

## Analyse der Bevölkerungsstruktur

In der Kommunalpolitik sind allgemeingültige Antworten und Forderungen zumeist sehr schwierig. Denn die Situation ist von Kommune zu Kommune anders. Das gilt im Besonderen auch für Integrationspolitik. Konzepte, die z.B. in München sehr gut funktioniert haben, lassen sich nicht eins zu eins auf eine Kommune mit 1000 Menschen im ländlichen Oberfranken übertragen. Deswegen ist es wichtig, sich die Lage vor Ort genau anzusehen, möchte man eine Strategie für eine interkulturelle Kommunalpolitik entwickeln. Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund leben in meiner Kommune? Wo kommen sie her? Wie alt sind sie? Warum haben sie ihre Heimatländer verlassen? Welchen Aufenthaltsstatus haben sie? Gehen sie zur Schule? Arbeiten sie? Wenn ja wo und als was? Welche Angebote der Kommune, der sozialen Verbände, der Vereine usw. nehmen sie war? Dies sind einige der Fragen, die wir uns stellen sollten, bevor wir Politik für und mit Menschen mit Migrationshintergrund machen.

## Gleichbehandlung

Ein Schlüsselfaktor dafür, ob Menschen sich willkommen, anerkannt und geachtet fühlen ist der Eindruck, gleichbehandelt, gerecht behandelt zu werden. Das bedeutet in erster Linie natürlich, nicht diskriminiert, nicht schlechter gestellt zu werden als andere, z.B. bei Baugenehmigungen. Das bedeutet aber auch, nicht ungerechtfertigt, auf Grund von falsch verstandener Toleranz, besser gestellt zu werden. Was für alle nicht okay ist, z.B. Gewalt gegen Kinder, kann auch für Minderheiten nicht in Ordnung sein. Drittens bedeutet eine moderne, progressive Auffassung von Gleichbehandlung aber auch, gleiches gleich und ungleiches ungleich zu behandeln. Hier sind wir einerseits beim Minderheitenschutz und bei der Förderung von Minderheitenkulturen, z.B. muttersprachlicher Unterricht an den Schulen. Andererseits ist hier auch der die sehr unglücklich so bezeichnete positive Diskriminierung wichtig. Ein ganz praktisches Beispiel: Will eine Kommune die Anzahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund erhöhen, um ihr Angebot interkulturell zu öffnen (siehe unten), dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als zumindest für eine gewisse Zeit, Migrantinnen und Migranten zu bevorzugen.

Zugegebenermaßen ist es im Einzelfall nicht immer leicht, die Grenze zu ziehen und Entscheidungen zu treffen, die objektiv und subjektiv als gerecht erscheinen. Es ist daher wichtig, dass die Entscheidungen transparent getroffen werden und die Gründe für die Entscheidungen nachvollziehbar sind.

## Teilhabe an Entscheidungsprozessen

Alle Bürgerinnen und Bürger müssen an Entscheidungsprozessen teilhaben. Formal findet diese Teilhabe in erster Linie durch die Kommunalwahlen sowie durch Bürgerentscheide statt. Speziell für Menschen ohne deutsche bzw. EU-Staatsangehörigkeit besteht hier ein ganz konkretes Problem: Sie sind nicht wahl-/abstimmungsbe-rechtigt. In vielen Kommunen gibt es seit Jahren einen so genannten Ausländerbeirat, teilweise ernannt, teilweise von der nichtdeutschen Bevölkerung gewählt. Die meisten dieser Gremien leisten eine qualitativ hochwertige, kontinuierliche und anerkannte Arbeit. Und dies, obwohl sie mit schwierigen strukturellen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben. Erstens haben sie eine ausschließlich beratende Funktion, das heißt, sie sind auf die Kooperation der Räte angewiesen. Zweitens, wohl unter anderem auch als eine Folge von erstens, sind die Wahlbeteiligungen in jenen Kommunen, in denen die Beiräte gewählt werden, häufig sehr niedrig, so dass es den gewählten an einer starken Legitimation mangelt.

Es gibt unterschiedliche Lösungsansätze des Problems, eine Kombination dieser Ansätze erscheint sinnvoll. Wir fordern, Menschen, die seit längerem in einer Kommune wohnen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft das kommunale Wahl- und Abstimmungsrecht einzuräumen. Bis dahin sollten die Kompetenzen der Ausländerbeiräte, ausgeweitet, ihre Autonomie gestärkt werden. Voraussetzung hierfür wären auch Veränderungen der Rahmengesetzgebung. Zudem gibt es eine Reihe von Konzepten, Ansätzen und Modellen, um die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung bei konkreten Projekten, bei der Stadtplanung und bei wichtigen Entscheidungen unabhängig von Wahlen zu stärken. Manche dieser Beteiligungsformen können auch Menschen mit Migrationshintergrund entgegen kommen. Zudem ist es wichtig, gerade für die SPD, Menschen mit Migrationshintergrund vermehrt auf die Listen und in die kommunalen Parlamente zu bringen.



**Jenny Scheffler**

Tirschenreuth

Studentin (Interkulturelle Kommunikation, VWL)

Funktion:  
stellvertretende Juso-Landesvorsitzende



Unabhängig von der Form der Beteiligung ist es wichtig zu wissen, welche Interessen einzelne Gruppen haben, was sie brauchen, was sie wollen. Dieses Wissen entbindet kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger jedoch nicht davon, eigene Positionen auf Grundlage politischer Überzeugungen und Überlegungen zu treffen.

#### **Querschnittsaufgabe**

Die Idee der Querschnittsaufgabe kennen wir aus der Gleichstellungspolitik. Sie wird mittlerweile auch auf andere Bereiche übertragen. Es gibt nicht die eine Integrationspolitik, vielmehr werden fast alle Politikfelder davon berührt.

Anders ausgedrückt: Fast alle Entscheidungen, die in der Kommune getroffen werden, haben auch Auswirkungen auf Menschen mit Migrationshintergrund. Sich dieses klar zu machen, und im Einzelfall diesen Aspekt in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen ist die Idee der Querschnittspolitik.

#### **Bildung, Bildung, Bildung**

Bildung ist einer der Schlüsselfaktoren für die Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft. Die Kommunen können und müssen dazu beitragen, Migrantinnen und Migranten Chancengleichheit im Bildungssystem zu sichern. Dazu gehören unter anderem die Bereitstellung eines umfassenden Schulangebots, auch in den Wohnvierteln mit hohem Migrationsanteil, die Schaffung von Ganztagesangeboten mit qualifiziertem Angebot und Personal, Förderangebote in und außerhalb der Schulen sowie der flächendeckende Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote.

Sprachentwicklung ist Voraussetzung für den Erfolg in der Schule. Sie findet in den ersten Lebensjahren statt. Neben dem Elternhaus spielen die Kindertageseinrichtungen eine wichtige Rolle. Das heißt, Kindertagesstätten müssen alle Kinder möglichst früh erreichen, sie müssen angemessene Öffnungszeiten haben, kostengünstig oder kostenlos sein.

Das Personal der Kindertageseinrichtungen muss gut qualifiziert und sorgfältig ausgewählt sein, um die sprachliche und geistige Entwicklung der Kinder zu fördern.

Zudem hat die Kommune unterschiedliche Möglichkeiten, sich um die berufliche Bildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu bemühen, z.B. über die ARGES, durch Bewerbungstrainings, die Schaffung von Berufsfachschulen oder durch gezielte Ansprache von Ausbildungsbetrieben.

#### **Sensibilisierung und Schulung von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern**

Migration stellt eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft dar, nicht nur für Migrantinnen und Migranten. Sie erfordert auch von Menschen, die schon immer hier leben Wissen und Kompetenzen, die bisher nicht unbedingt gelernt wurden. So zum Beispiel sprachliche und kommunikative Fähigkeiten, Empathie, das Aushalten von Unterschiedlichkeit, die Befähigung, das Eigene zu relativieren, das Erkennen von Stereotypen, aber auch Wissen über andere Länder und Kulturen. All dies gilt insbesondere für Personen, die in der Kommune tätig sind, sei es angestellt oder in gewählter Funktion, und daher häufig direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern haben. Es gibt eine Reihe von Qualifizierungs-, Trainings- und Schulungsmaßnahmen, die helfen können, sich solche Fähigkeiten anzueignen. Wichtig ist dabei, dass interkulturelle Kompetenz als normaler und notwendiger Bestandteil fachlicher Schlüsselqualifikationen betrachtet wird, und dass Führungskräfte, wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, hier eine Vorbildfunktion wahrnehmen.

#### **Interkulturelle Öffnung kommunaler Einrichtungen und der Zivilgesellschaft**

Viele Kommunen halten eine große Zahl unterschiedlichster Einrichtungen für ihre Einwohnerinnen und Einwohner bereit: Beratungsstellen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Musikschulen, Volkshochschulen, Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren, Jugendzentren, Sportstätten usw. Zudem fördern sie Angebote, die durch Sozialverbände und Vereine organisiert werden. Häufig entspricht die Nutzerstruktur dieser Angebote jedoch nicht der Bevölkerungszusammensetzung. Insbesondere Migrantinnen und Migranten nehmen sie unterdurchschnittlich häufig wahr. Dies ist ein Phänomen, für das sich Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie die Beschäftigten

der Kommunen sensibilisieren sollten, und für das sie eine Lösung finden sollten. Zurzeit werden in der Fachöffentlichkeit zahlreiche Konzepte zur so genannten „Interkulturellen Öffnung“ diskutiert, es gibt Schulungen, Fachkonferenzen und Handreichungen dazu. Die Ansätze beinhalten:

- eine Bedarfsanalyse
- Nutzerorientierung,
- das Suchen und Erkennen, sowie den Abbau von Zugangsbarrieren.
- eine Personalentwicklung, die mehr auf interkulturelle Kompetenzen und auf die Einstellung von Migrantinnen und Migranten gerichtet ist,
- sowie eine gezielte Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund, z.B. auch durch mehrsprachige Broschüren.

In der Kommunalpolitik sollte zudem darauf geachtet werden, dass Mittel aus der Vereinsförderung auch Gruppen zu Gute kommt, die besonders viele Menschen ausländischer Herkunft in ihren Reihen haben. Eine Vernetzung aller Einrichtungen, die sich mit Menschen mit Migrationshintergrund befassen sowie der Selbstorganisation der Migrantinnen und Migranten ist sinnvoll.

#### **Schaffung von Begegnungsräumen**

Fremdenfeindlichkeit entsteht insbesondere dort, wo der oder die bzw. das Fremde unbekannt und entfernt ist, und damit bedrohlich wirkt. Sobald das Fremde nicht mehr fremd ist, nehmen auch Ressentiments ab. Daher ist es wichtig, Begegnungsräume zu schaffen, in denen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund sich treffen, gemeinsam feiern, arbeiten, Projekte verwirklichen können. Dies kann zum Beispiel in Bürgerinnen- und Bürgerzentren, durch Bürgerinnen- und Bürgerfeste sowie Begegnungsfeste, durch Ferien- und Ausflugsprogramme oder über die Kindergärten und Schulen geschehen.

#### **Berücksichtigung der Interessen von Migrantinnen und Migranten**

Innerhalb der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund haben Frauen, noch einmal spezielle Bedürfnisse und Rahmenbedingungen, die es zu berücksichtigen gilt. Ein Beispiel: Bietet die Volkshochschule einer Kommune einen Integrationskurs in Zusammenarbeit mit dem

Bundesamt für Migration an, so sollte sie auf Kurszeiten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten achten, die auch Müttern die Teilnahme ermöglichen. Andere Beispiele wären z.B. die Einrichtung von Frauennachmittagen in Sportstätten und in Begegnungsstätten oder das Angebot von speziellen Beratungsmöglichkeiten für Frauen durch Frauen.

#### **Stadtplanung und Bauleitplanung**

In langfristiger Hinsicht kann die Kommune auch durch die Stadtplanung Einfluss darauf nehmen, wie das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund funktionieren kann. So können Gemeinden durch eine gesunde Mischung der sozialen Verhältnisse bei der Wohnbebauung, bei der Planung von Infrastruktureinrichtungen, Innenstadtnutzung usw., eine Ballung der Migrantinnen und Migranten in einigen wenigen Vierteln vermeiden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es viele Möglichkeiten für eine interkulturelle Kommunalpolitik gibt. Um erfolgreich zu sein, darf sie sich nicht nur auf Symbole, wie z.B. eine interkulturelle Woche beschränken. Die Politik muss vielmehr wohl überlegt, langfristig und breit ausgelegt sein. Sie muss sich an Menschen mit und ohne Migrationshintergrund richten und beide Gruppen in Entscheidungs- wie auch in Entwicklungsprozesse einbeziehen. So kann sie dazu beitragen, interkulturelles Zusammenleben produktiv zu gestalten.



## Aufgaben der Kommunen

Die Aufgaben der Kommunen werden unterteilt in Pflichtaufgaben und in freiwillige Aufgaben. Pflichtaufgaben sind die per Gesetz den Kommunen zwingend vorgeschriebenen Aufgaben. Diese Aufgaben müssen erledigt werden, entweder durch die Verwaltung oder durch Dritte. Dazu zählen vor allem die Daseinsvorsorge im Bereich Trink- und Abwasser, Energieversorgung, Kindergärten und Grund- und Hauptschulen. Die freiwilligen Aufgaben sind demgegenüber nachrangig. Dazu zählt die Unterstützung der Vereine, der Unterhalt von Volkshochschulen, Museen oder sozialen Einrichtungen. Sie sind zwar eine feste Größe in den Kommunen, unterliegen dennoch der Leistungsfähigkeit und den politischen Entscheidungen.

## Bebauungsplan

Der Bebauungsplan ist das Herzstück der kommunalen Planungshoheit. Der Bebauungsplan setzt verbindlich die Nutzungsmöglichkeiten für Grundstücke innerhalb der Kommune fest. Die verschiedenen Festsetzungsmöglichkeiten für einen Bebauungsplan reichen vom Reinen Wohngebiet bis zum Industriegebiet. Sehr detailliert können Höhe, Art und Nutzung der geplanten Gebäude geregelt werden.

## Bezirke

Die Bezirke als kommunale Gebietskörperschaft sind eine bayerische Besonderheit. Ihre Aufgaben liegen vor allem in der überörtlichen Sozialhilfe. Die Bezirke sind zum Beispiel Trägerinnen der Bezirkskrankenhäuser. Daneben ist die Brauchtums- und Denkmalpflege der zweite große Tätigkeitsbereich der Bezirke.

## Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung

Neben Bürgerentscheid sieht die Gemeindeordnung vor allem Beteiligungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen der Städteplanung vor. Weiterhin gibt es Bürgerversammlungen, deren Ergebnisse im Rat diskutiert werden müssen. Die Beteiligung an der lokalen Politik umfasst auch die Mitarbeit in Parteien und Vereinen.

## Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan umfasst die vollständige Gemarkung einer Kommune. Er bestimmt die gegenwärtige und die zukünftig geplante Nutzung der Flächen. Mit ihm ist eine vorausschauende und in sich stimmige Entwicklung der Kommune möglich.

## Frauenbeauftragte

In bayerischen Verwaltungen müssen nach dem Gesetz Frauenbeauftragte ernannt werden, die die Interessen der Frauen vertreten und Ansprechpartnerinnen für die beschäftigten Frauen sein sollen. Die Mitwirkungsrechte sind allerdings eher bescheiden ausgefallen.

## Gemeindeordnung

Die Gemeinde- bzw. die Kreisordnung (GO bzw. LkrO) ist sozusagen die Verfassung der Kommunen. Es ist Landesgesetz, unterscheidet sich also je nach Bundesland. In der Gemeindeordnung sind u.a. die Art und Funktionsweise der Organe „Bürgermeister“ und „Rat“, das Tätigkeitsprofil und die Möglichkeiten der Finanzierung geregelt. Darüber hinaus sind alle wesentlichen Regelungen für die Tätigkeit der Gemeinden in der GO festgelegt.

## Geschäftsordnung

Die kommunalen Parlamente geben sich zu Beginn der Legislaturperiode eine Geschäftsordnung. In der Geschäftsordnung werden Dinge geregelt wie zum Beispiel die Frage nach der Möglichkeit von Tonbandprotokollen oder den Geldbetrag, bis zu deren Höhe der Bürgermeister im Rahmen des genehmigten Haushaltes bestimmte Maßnahmen anordnen kann.

## Gewerbesteuer

Grundlage der Gewerbesteuer ist die Ertragskraft eines Gewerbebetriebes. Sie ist neben dem Anteil aus der Einkommensteuer und staatlichen Zuweisungen die wichtigste Finanzierungsquelle der Gemeinden. Über den Hebesatz können die Gemeinden die Höhe der Gewerbesteuer direkt beeinflussen.

## Grundsteuern

Die Grundsteuern beziehen sich auf alle Grundstücke innerhalb einer Kommune. Die Grundsteuer A erfasst Grundstücke, die land- oder forstwirtschaftlich genutzt werden, die Grundsteuer B die restlichen Grundstücke, die sich im Besitz von Privatpersonen oder Unternehmen befinden.

## Haushalt

Der Haushalt ist das Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung und muss jährlich beschlossen werden. Er umfasst alle Ausgaben und Einnahmen und ist unterteilt in einen Verwaltungs- und einen Vermögenshaushalt. Der Verwaltungshaushalt umfasst vor allem die laufenden Zahlungen, zum Beispiel die Löhne und Gehälter der Beschäftigten. Der Vermögenshaushalt beinhaltet die Investitionen und die Finanzverwaltung, also die Kredite und deren Tilgung. Der Haushalt ist das Spiegelbild der politischen Prioritätenliste der Kommune. Hier manifestiert sich der politische Wille in konkreten Zahlen.

## Jugendbeauftragte

Das Amt einer oder eines Jugendbeauftragten wird üblicherweise mit einem Mitglied des Rates besetzt. Das Aufgabenspektrum umfasst die Informationsvermittlung zwischen Rat und Jugend, die Koordinierung der Jugendarbeit und die allgemeine Vertretung der Interessen der jugendlichen Bevölkerung.

## Kinder- und Jugendhilfegesetz

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) von 1991 und das Bayerische Kinder- und Jugendhilfegesetz haben die rechtliche Situation für die Jugend in der Kommune erheblich verbessert. Die Jugendarbeit ist zu einer Pflichtaufgabe der Gemeinde geworden, allerdings haben Jugendliche keinen einklagbaren Anspruch auf Leistungen. Wesentlich ist die Erstellung eines Jugendhilfeplanes des Landkreises, der die Schwerpunkte der Jugendarbeit festlegt. In den einzelnen Kommunen stehen im Vordergrund: Unterstützung von Jugendgruppen, außerschulische Jugend(sozial)arbeit, Schaffen von Treffpunkten für Jugendliche und Bestandsaufnahme der Situation von Jugendlichen.

## Kommunale Betriebe

Eine Kommune kann im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge kommunale Betriebe betreiben. Beispiele sind Verkehrsbetriebe oder Stadtwerke zur Versorgung mit Strom und Wasser. Es gibt unterschiedliche Betriebsformen. Wird ein Betrieb nicht als wirtschaftliches Unternehmen geführt, handelt es sich um einen Hoheitsbetrieb. Die wirtschaftlichen Unternehmen im Besitz der Gemeinde können öffentlich-rechtlich organisiert werden, vor allem als Regiebetrieb, also unter der völligen Kontrolle der Verwaltung und des Rates oder als Eigenbetrieb, der eine größere Freiheit in der unternehmerischen Führung besitzt. Die zunehmend favorisierte Betriebsform ist privatrechtlich. Hier ist zu beachten, dass die Kontrolle des Unternehmens vom Gemeinderat auf den Aufsichtsrat übergeht, der mit entsprechender Schweigepflicht die effektive Kontrolle deutlich erschwert.

## Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich verläuft zwischen dem Freistaat und den bayerischen Kommunen. Drei Aufgaben sind zu erfüllen: Die Steuerkraftunterschiede sollen abgemildert werden durch Schlüsselzuweisungen und Umlagezahlungen, um die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben zu ermöglichen, bestimmte laufende Aufgaben (z.B. Straßenerhaltung) werden durch Zuschüsse mitfinanziert und Investitionen (z.B. Schulen) durch besondere Zuweisungen unterstützt.

## Kreisumlage

Die Kreisumlage bildet das hauptsächliche Finanzierungsinstrument der Landkreise und wird von den Gemeinden und Städten des jeweiligen Kreises erhoben. Die Kreisumlage wird jedes Jahr vom Kreistag festgelegt und besteht aus einem bestimmten Prozentsatz der Umlagegrundlagen. Die Umlagegrundlagen sind die Einnahmen aus den Realsteuern, dem Anteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer und den Schlüsselzuweisungen.

## Satzung

Die Kommunen können mittels einer Satzung Ortsrecht setzen. Das bedeutet, sie können Regeln festlegen, die dauerhaft gelten. Es gibt Satzungen, auf die nicht verzichtet werden kann, z.B. die Haushaltssatzung. Andere Satzungen sind wahlweise zu erlassen, zum Beispiel eine Satzung zur Benutzung einer kommunalen Bücherei oder zum Aufenthalt auf öffentlichen Plätzen. Satzungen sind generell der Aufsicht durch staatliche Behörden unterworfen.

## Wirkungskreis

Die Kommunen sind nach Art. 28 Abs. 2 GG für alle Angelegenheiten in ihrem jeweiligen örtlichen Bereich zuständig. Beschränkt wird diese Allzuständigkeit durch die Bundes- und Landesgesetze. Es wird unterschieden in den eigenen und den übertragenen Wirkungskreis. Der eigene Wirkungskreis betrifft die freiwilligen und Pflichtaufgaben der Gemeinde, die aus der örtlichen Selbstverwaltung erwachsen. Der übertragene Wirkungskreis umfasst alle Aufgaben, die die Gemeinde von Land oder Bund übertragen bekommen hat, z.B. die Ausgabe von Personalausweisen.

# DIE SANIERUNG DER KOMMUNALEN

## FINANZEN – EIN ERFOLGREICHES

### PROJEKT DER SPD

Starke und finanziell handlungsfähige Kommunen sind ein zentraler Faktor für die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung und gesellschaftspolitischen Fortschritt. Eine stabile Konjunktur hängt auch von stetigen öffentlichen Investitionen ab, bis zu vier Fünftel dieser Investitionen werden in Deutschland von den Kommunen getätigt. Sozialpolitik, gerade vorausschauende Sozialpolitik über die bloße finanzielle Unterstützung der Bedürftigen hinaus, kann nur von solide finanzierten Kommunen geleistet werden. Fortschrittliche Kommunalpolitik, die über die Pflichtaufgaben hinaus Initiativen für Integration, Gleichstellung, Umweltschutz und viele andere notwendige Dinge entwickelt, braucht finanzielle Spielräume. Und schließlich entscheidet die Finanzausstattung von Städten und Gemeinden auch darüber, ob öffentliches Eigentum erhalten bleibt oder der Druck zur Privatisierung unausweichlich wird. Sozialdemokratisch regierte Städte in Bayern machen vor, wir man Stadtwerke, kommunale Wohnungsbaugesellschaften und andere wirtschaftliche Aktivitäten erfolgreich für Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik einsetzt.

#### Die Krisenjahre 2001 bis 2003

Der Einbruch der Kommunal Finanzen in den Jahren 2001 bis 2003 war deshalb nicht nur ein Thema für verzweifelte Stadtkämmerer, sondern ein gesellschaftliches Problem, das weit über die kommunale Ebene hinausreichte. Ein Teil dieser Entwicklung war unabwendbar. In Zeiten schwacher Konjunktur sinken die Steuereinnahmen während die Kosten der Arbeitslosigkeit ansteigen. Das setzt alle öffentlichen Haushalte unter Druck – in Bund, Ländern, Sozialkassen und eben auch in den Kommunen. Eine völlig konjunkturunabhängige Finanzierung der Kommunen ist nicht denkbar.

Der andere Teil der Entwicklung hatte jedoch politische Ursachen: 1997, kurz vor dem Ende der Regierung Kohl, wurde die Gewerbesteuer abgeschafft. Bis dahin bestand die Gewerbesteuer aus zwei Teilen: Der Gewerbeertragsteuer, die auf die Gewinne von Unternehmen zugreift und in weiterentwickelter Form bis heute besteht, und der Gewerkekapitalsteuer. Letzte hing unabhängig von der Ertragslage von der Höhe des Unternehmenska-

pitals ab und war damit im Gegensatz zur Gewerbeertragsteuer nicht von der Konjunktur abhängig. Auf die Gemeindefinanzen hatte die Abschaffung zunächst keinen Einfluss, die Verluste wurden den Kommunen durch eine Beteiligung an der Umsatzsteuer ersetzt. Erst mit dem nächsten Konjunkturereinbruch wurde 2001 die Auswirkung sichtbar: Erstmals ging das Gewerbesteueraufkommen parallel zu den sinkenden Erträgen der Unternehmen in den Keller. Die Gewerbesteuer war keine verlässliche Finanzquelle der Kommunen mehr.

#### Reformkonzepte

Die Reaktionen auf diese Entwicklung waren sehr unterschiedlich. Die Unternehmensverbände sahen den Zeitpunkt gekommen, die ungeliebte Gewerbesteuer endgültig loszuwerden. Dieses Anliegen machten sich CDU und CSU zu Eigen, auf Bundes- und Landesebene kämpften sie – gegen den Willen ihrer eigenen Kommunalpolitiker – für die Abschaffung der Gewerbesteuer. Als Ersatz sollten die Kommunen Aufschläge auf die Einkommensteuer erheben können. Mit anderen Worten: Die Steuerlast sollte von den Unternehmen auf die Arbeitnehmer verlagert werden. Zudem wären Städte und Gemeinden damit noch stärker von Finanzausweisungen der Länder abhängig geworden.

Die SPD stellte sich dagegen – wie auch die Gewerkschaften – auf die Seite der Kommunen, die eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur kommunalen Betriebssteuer forderten.

Im Zentrum dieses Konzepts stand die Ausweitung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer, darüber hinaus sollten auch Selbstständige in die Steuerpflicht einbezogen werden. Die wesentlichen Elemente dieses Konzept sind seitdem die Grundlage für die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion. Da die Union seit dieser Zeit den Bundesrat dominiert und nun seit 2005 an der Bundesregierung beteiligt ist, konnten die Konzepte nie vollständig, sondern nur teilweise und in mehreren hart erkämpften Schritten umgesetzt werden. Dennoch hat sich die Finanzlage der Kommunen dadurch entscheidend verbessert.



**Roland Eichmann**

Augsburg  
selbständiger  
Kommunalberater



**Florian Pronold**

Berlin  
Mitglied des Bundestages,  
Rechtsanwalt

**Funktion:**  
stellvertretender Vorsitzender der BayernSPD,  
Vorsitzender der SPD-Landesgruppe im Bundestag

### Gewerbesteuerreform 2003

Der erste große Schritt zur Revitalisierung der Gewerbesteuer war die Reform 2003. Dabei wurden vor allem die Möglichkeiten der Steuergestaltung eingeschränkt. Zum Reingewinn des Unternehmens werden seitdem bei der Steuerbemessung noch verschiedene andere Faktoren eingerechnet, dazu gehört die Hälfte der vom Unternehmen gezahlten Dauerschuldzinsen und alle Zinsen die auf Kredite anfallen, die der Eigentümer seinem Unternehmen selbst zur Verfügung stellt. Damit wurde die verbreitete Praxis, Gewinne durch unternehmensinterne Kreditgeschäfte in Gewerbesteueroasen zu verlagern, deutlich erschwert.

Darüber hinaus wurde nicht nur für die Gewerbesteuer sondern auch für die Körperschaftsteuer eine Mindestgewinnbesteuerung eingeführt. Bis dahin konnten Unternehmen ihre Verluste aus schlechten Jahren fortschreiben und in beliebiger Höhe mit den Gewinnen in späteren Jahren verrechnen – und damit unter Umständen auch bei bester Ertragslage keine Steuern zahlen. Durch die Reform geht das nur noch bei Gewinnen bis zu einer Million – höhere Gewinne unterliegen auf jeden Fall zu vierzig Prozent der Steuer.

Was für den Laien klingt wie technische Detailkorrekturen hatte in der Praxis erhebliche finanzielle Auswirkungen. Zusätzlich wurde die an Bund und Länder zu zahlende Gewerbesteuerumlage gesenkt. Damit stieg der Anteil der Gemeinden an der Gewerbesteuer um mehr als 2,3 Milliarden Euro an.

### Unternehmensteuerreform 2008

Der Weg der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage wurde – wieder gegen hartnäckigen Widerstand der Union – auch in der diesjährigen Unternehmensteuerreform weiterverfolgt. Die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen zum Unternehmensgewinn hat die Gewinnverschiebung erschweren, aber nicht stoppen können. Deshalb wird die Hinzurechnung nun auf alle Finanzierungskosten ausgedehnt. Auch Mieten, Pachten, Leasing-Raten und Lizenzgebühren werden ab 2008 anteilig besteuert. Der Umfang der Anrechnung wurde dabei von der Hälfte auf ein Viertel gesenkt.

Eine Änderung der Steuersystematik bringt in der Regel kurzfristige Einnahmeausfälle mit sich. Das gilt auch für die Unternehmensteuerreform: In den ersten beiden Jahren verlieren die öffentlichen Haushalte am meisten. Die Kommunen werden von diesem Effekt dieses Mal jedoch verschont. Bereits vorgesehene Schritte zur Absenkung der Gewerbesteuerumlage werden vorgezogen, um die Aufkommensneutralität der Reform für Städte und Gemeinden bereits ab 2008 zu gewährleisten.

### Ergebnisse der Reformen

Seit der Reform 2003 ist das Bruttoaufkommen der Gewerbesteuer von 24 auf 39 Milliarden Euro gestiegen – also um mehr als fünfzig Prozent. Der Anteil, der den Gemeinden bleibt, ist durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage sogar um mehr als 75 Prozent gestiegen. Alleine die bayerischen Kommunen haben nun jährlich 5 Milliarden Euro Gewerbesteuereinnahmen zur Verfügung.

Diese Effekte gehen natürlich nicht allein auf die steuerlichen Maßnahmen zurück. Einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung haben auch der Wirtschaftsaufschwung und die damit steigenden Unternehmensgewinne. Doch es ist heute erheblich schwerer, diese Gewinne durch trickreiche Gestaltung an der Gewerbesteuer vorbei zu manövrieren. Deshalb kommen die Früchte des Aufschwungs auch bei den Kommunen an. Die Wirkung der Reformen wird sich aber vor allem auch in der nächsten Abschwungphase beweisen.

Natürlich werden auch dann wieder die Steuereinnahmen der Gemeinde zurückgehen. Aber Einbrüche wie 2001 bis 2003 wird es mit den neuen Regeln nicht geben.

Die immensen Zuwächse bei der Gewerbesteuer kommen leider nicht überall gleichmäßig an. In Boomregionen sprudeln die Einnahmen und Städte beginnen, ihre Schulden zurückzuzahlen. In strukturschwachen Regionen bleibt die Lage dagegen schwierig. Dort ist es in erster Linie Aufgabe der Landespolitik, einen Ausgleich zu schaffen.

Die Reform der Gewerbesteuer konnte nicht alle Probleme der Kommunen lösen, aber sie hat die Gemeindefinanzen insgesamt wieder auf eine solide Basis gestellt. Sie ist eines der großen Erfolgsprojekte sozialdemokratischer Regierungsarbeit.



# KOMMUNALE DASEINSVORSORGE: ALLGEMEINWOHL UND DEMOKRATISCHE KONTROLLE ALS GEGENMODELL ZUR PRIVATISIERUNG ÖFFENTLICHER LEISTUNGEN

In Deutschland spielen Kommunen traditionell eine Schlüsselrolle bei der Erbringung öffentlicher Leistungen. Seit den dreißiger Jahren ist hierfür der Begriff „Daseinsvorsorge“ in Gebrauch. Dieser Begriff wurde zunächst im Kontext einer totalen Staatskontrolle gebraucht, nach dem Krieg aber positiv neu besetzt. Der Begriff bleibt bis heute relativ unscharf und wird meist bezogen auf die Versorgung der Bürger mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen. Oft werden auch Leistungen hinzugezogen, die generell dazu beitragen, die öffentliche Infrastruktur zu verbessern. Die Bayerische Verfassung räumt in Artikel 83 der kommunalen Daseinsvorsorge eine besondere Bedeutung ein und nennt dabei explizit Trinkwasser, Elektrizität, Gas, örtliche Gesundheitspflege, örtlichen Verkehr, Schulen, Wohnungsbau, Friedhöfe, öffentliche Bäder etc. (Details regelt die Bayerische Gemeindeordnung.) Weitere Leistungen, die heute als kommunale Daseinsvorsorge angesehen werden, sind beispielsweise Müll- und Abwasserentsorgung, in einem weiteren Verständnis häufig auch Sparkassen sowie Telekommunikationsnetze.

Die Kommunen sind nicht verpflichtet, diese Leistungen selbst zu erbringen, sondern nur dafür verantwortlich, dass sie für ihre Bürger erbracht werden. Sie können auch private Unternehmen damit beauftragen. Historisch haben sich jedoch die meisten Kommunen entschieden, kommunale Daseinsvorsorge mit der eigenen Verwaltung oder kommunalen Betrieben öffentlichen Rechts zu erbringen, fast immer auf der Basis eines lokalen Gebietsmonopols. Die größten waren dabei meist die kommunalen Energieversorger (Stadtwerke).

In den behördenähnlichen Strukturen entwickelten sich leider oft träge und ineffiziente Organisationen, die wegen mangelnder Kundenfreundlichkeit und hoher Preise in die Kritik gerieten. Daher kommt dieses Modell seit den neunziger Jahren zunehmend unter Druck durch die Politik der Europäischen Union, staatliche Monopole durch Liberalisierung und Privatisierung aufzulösen. Heute sind in Deutschland viele der lokalen Monopole abgeschafft, was zu Wettbewerb in Kernfeldern der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Strom- und Gasversorgung, geführt hat. Hier konkurrieren nun kommunale Unternehmen mit privaten, die jedoch meist aus staatlichen Unternehmen hervorgegangen sind (z.B. E.ON oder RWE) oder Töchter ausländischer Staatsunternehmen sind (z.B. Vattenfall). Beim Thema ÖPNV wird seit vielen Jahren in Brüssel intensiv über die beste Form der künftigen Leistungserbringung diskutiert, aber auch hier ist der Trend zur Liberalisierung und Privatisierung deutlich. Andere kommunale Leistungen, wie Wohnungsbau, Krankenhäuser oder Sparkassen, standen schon immer im Wettbewerb mit privaten Wettbewerbern, erleben jedoch derzeit auch seine Verschärfung.

Damit stellt sich für die Kommunen die Frage nach der Zukunft ihrer Betriebe. Ideologen drängen darauf, dass sich die Kommunen „aus grundsätzlichen Erwägungen“ von allen liberalisierten Feldern zurückziehen und die Versorgung der Privatwirtschaft überlassen sollten. Die meisten Kommunen haben sich bisher jedoch anders entschieden:



**Florian  
Bieberbach**

München

kaufmännischer  
Geschäftsführer der Stadt-  
werke München GmbH



Um den gesetzlichen Versorgungsverpflichtungen auch im marktwirtschaftlichen Wettbewerb nachzukommen, setzen sie heute auf kommunale Unternehmen, die die Vorteile privater Rechtsformen nutzen, jedoch im Eigentum der Kommunen bleiben. Sie bleiben dem Allgemeinwohl, der Lebensqualität und dem Wirtschaftsstandort verpflichtet und setzen „citizen value“ vor „shareholder value“. Man kann dies sehen als einen Dritten Weg zwischen der traditionellen kommunalen Leistungserbringung durch Behörden mit Monopolschutz einerseits und der Privatisierung der Daseinsvorsorge andererseits. Dieses Modell ist heute nicht nur in Deutschland weit verbreitet sondern beispielsweise auch in Österreich, der Schweiz, Italien und (!) den USA.

Die Anhänger der kommunalen Unternehmen zur Daseinsvorsorge sehen wesentliche Vorteile gegenüber der Erbringung durch private Unternehmen: Im Gegensatz zur privaten Vergabe, die in der Regel auf einer Ausschreibung und dann lang laufenden Verträgen basiert, bieten kommunale Unternehmen der Politik einen kontinuierlichen politischen Einfluss auf die Erbringung lokaler Versorgungsleistungen. Damit erhält man sich wichtige Hebel für die Stadtentwicklung und kann aktuell beispielsweise CO<sub>2</sub>-sparende Technologien bei Energieversorgung, Wohnungsbau und Verkehr durchsetzen.

Wie schlimm eine private Vergabe dagegen für eine Kommune enden kann, wenn der Gewinner einer Ausschreibung sich als unfähig herausstellt, der lang laufende Vertrag aber nicht gekündigt werden kann, konnte man in den letzten Monaten bei der Londoner U-Bahn sehen. Die Konsequenz aus schlechten Erfahrungen mit privaten Dienstleistern sind oft aufwändige staatliche Überwachungsapparate, die einem eventuellen Kostenvorteil des Privaten massiv entgegenwirken.

Während private Unternehmen oft in Quartalen denken müssen, können sich kommunale Unternehmen erlauben, Investitionen sehr langfristig zu rechnen. Dies gilt insbesondere beim Umweltschutz und der Versorgungssicherheit. So investieren die Stadtwerke München im Trinkwassereinzugsgebiet von München in einem international beachteten Projekt seit Jahrzehnten in die Umstellung der Landwirtschaft auf ökologischen Landbau. Wenn dort heute investiert wird, kann es Jahre bis Jahrzehnte dauern, bis sich die Investition in der Wasserqualität bemerkbar macht. Dennoch wurde und wird es getan und garantiert heute die hohe Trinkwasserqualität in München. Ein auf kurzfristigen Gewinn schielendes, privates Unternehmen würde so etwas nie tun.

Wie Studien immer wieder zeigen, sind die Preise der kommunalen Betriebe häufig günstiger als die der privaten. Auch die bekannten, vermeintlichen „Billigmarken“ Yello und E wie einfach sind in vielen Gegenden teurer als die lokalen Anbieter! Gleichzeitig ist die Kundenzufriedenheit bei den kommunalen Versorgern meist höher.

Stabile Cashflows aus profitablen Unternehmensbereichen (z.B. Stromerzeugung) erhöhen das kommunale Budget dauerhaft und strukturell. Sie ermöglichen damit die langfristige Finanzierung anderer kommunaler Leistungen. Ein Unternehmensverkauf dagegen beschert dem Haushalt einen Einmaleffekt, der Gefahr läuft, als „Strohfeuer“ bald an Wirkung zu verlieren und zu einem anschließend noch größeren strukturellen Defizit des Haushalts zu führen.

Kommunale Unternehmen pflegen meist einen fairen Umgang mit den Mitarbeitern im Sinne einer Partnerschaft mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Oft bilden sie über Bedarf aus.

Kommunale Unternehmen schaffen im Wettbewerb einen Gegenpart zu den großen Privaten und verhindern damit zu viel Machtkonzentration auf Seite der Anbieter. Dies führt zu besseren Leistungen für die Bürger.

Zur Überraschung vieler neoliberaler Ideologen sind die kommunalen Unternehmen bisher sehr erfolgreich. Im Bereich der Elektrizitätsversorgung werden heute in Deutschland 40,2% der Endverbraucher-Nachfrage durch etwa 600 kommunale Energieversorger abgedeckt. Im Bereich der Gas- und Wasserversorgung ist der Anteil der Kommunalen sogar noch größer, mit 46,9% und 77,2%. Insgesamt beschäftigen mehr als 1.300 kommunale Betriebe in Deutschland mehr als 230.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen jährlichen gemeinsamen Umsatz von mehr als 70 Milliarden Euro. Mehr als 60% (und bei den Großen 100%) der kommunalen Betriebe sind heute privatrechtlich organisiert (d.h. als GmbH oder AG) und etwa ein Drittel hat zusätzlich zu den Kommunen noch private Anteilseigner (z.B. die N-ERGIE AG in Nürnberg).

Fast alle dieser Unternehmen haben in den letzten Jahren Gewinne erwirtschaftet und damit zur Stützung der jeweiligen kommunalen Haushalte beigetragen.

Man darf jedoch nicht ausblenden, dass das Modell der kommunalen Unternehmen immer noch mit wichtigen Problemen kämpft: Es existieren geringe Anreize zur laufenden Verbesserung von Leistung und Wirtschaftlichkeit, insbesondere in Monopolmärkten, weil der Druck durch die Eigentümer oft nicht so stark ist wie beispielsweise von der Börse. Politische Einmischung ins operative Tagesgeschäft und übermäßige Rücksicht auf Arbeitnehmerwünsche führen immer wieder zu Ineffizienz. Es gibt in Deutschland zu viele lokale Unternehmen mit zu geringer Größe, um dauerhaft im Wettbewerb bestehen zu können. Zusammenschlüsse scheitern oft an lokalen Eitelkeiten.

Es existieren zahlreiche bürokratische Reglementierungen des öffentlichen Sektors, die kommunale Unternehmen gegenüber privaten deutlich benachteiligen (z.B. Gebietsbeschränkungen, Beschaffungsregeln) und diese werden eher verschärft als gelockert. Die neoliberalen Ideologen, die missmutig auf die Erfolge der kommunalen Unternehmen blicken, haben dies als neue Möglichkeit entdeckt, der klassischen kommunalen Daseinsvorsorge den Garaus zu machen (siehe aktuelle Diskussion in NRW).

Infolge der forcierten Liberalisierung und der immer strengeren Regulierung seitens EU und deutscher Behörden sinkt aus Sicht vieler Kommunen seit einiger Zeit die Attraktivität eigener kommunaler Betriebe. Da dies zusammentrifft mit defizitären Haushalten und Schulden, entscheiden sich immer mehr Kommunen, ihre kommunalen Versorger (teilweise oder ganz) zu verkaufen. Das gleiche geschieht mit Wohnungsbauunternehmen, Sparkassen, Krankenhäusern etc. Einzig die Wasserversorgung bleibt bisher davon weitgehend verschont.

Insgesamt scheint das Modell der kommunalen Betriebe also auf dem Rückzug zu sein, seine Anhänger sind aber weit davon entfernt, den Kampf aufzugeben! Und wenn der CDU-Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, wie im Juli diesen Jahres verkündet, die Privatisierung des kommunalen Energieversorgers HEW sei ein Fehler gewesen, spürt man, dass sich in der Debatte um die kommunale Daseinsvorsorge der Wind zu drehen beginnt.

Wenn das im Prinzip sehr erfolgreiche Modell der kommunalen Unternehmen für die Daseinsvorsorge überleben oder gar einen neuen Aufschwung erleben soll, müssen einige entscheidende Erfolgsvoraussetzungen erfüllt sein. In den Unternehmen ist insbesondere von Bedeutung: Unternehmerisches Denken muss behördliches Denken ablösen.



Konsequente Kundenorientierung von Mitarbeitern, Führungskräften und Gesellschaftern muss verstärkt werden. Starke Anreize zur Verbesserung von Leistung und Wirtschaftlichkeit müssen geschaffen werden, entweder durch Wettbewerb oder Benchmarking. Interne Anreize zur Leistungssteigerung müssen verbessert werden; schlechte Leistung muss Konsequenzen haben. Kommunale Unternehmen müssen enger kooperieren, um die Vorteile großer Konzerne, beispielsweise beim Einkauf, ebenfalls nutzen zu können.

Im Bereich der Politik und Gesellschaft sind folgende Punkte besonders wichtig:

- Zunehmend einengende gesetzliche Regelungen für kommunale Unternehmen, die zu einer unfairen Wettbewerbssituation mit privaten Unternehmen führen, müssen abgeschafft werden (z.B. Gebietsbeschränkungen, Beschaffungsregeln).
- Veränderungsbereitschaft von Betriebsräten und Gewerkschaften ist nötig, um Restrukturierungsmaßnahmen erfolgreich durchzuführen.
- Kommunale Eigner, und insbesondere die Verwaltung, müssen ihre Rolle akzeptieren, strategische Ziele zu setzen und sich nicht ins operative Geschäft einzumischen.

Aufgrund von schärferem Wettbewerb und Regulierung werden in den nächsten Jahren vermutlich viele kommunale Unternehmen aufgegeben werden. Diejenigen Kommunen aber, die ihren politischen Grundsätzen treu bleiben und die Hausforderungen aktiv angehen, werden auch in Zukunft ihren Bürgern eine leistungsfähige kommunale Daseinsvorsorge bieten.

Weitere Informationen zum Thema gibt es z.B. beim Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

# Mehr als nur Schulbänke kaufen: Was kommunale Bildungspolitik alles kann



In Deutschland liegt die Bildungshoheit bei den Bundesländern, und bekanntlich ist die bayerische Staatsregierung ganz besonders stolz auf ihr hochselektives Schulwesen. Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker müssen oft mit Bedauern feststellen, wie wenig sich daran auf kommunaler Ebene ändern lässt. Doch wenn sich in der Gemeinde auch nicht ändern lässt, WAS bayerische Schülerinnen und Schüler zu lernen haben, gibt es einige Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen, WIE sie lernen.

In jedem Fall ist die Kommune der Sachaufwandsträger für die öffentlichen Schulen, das heißt sie trägt die Kosten für Gebäude und Sachmittel. Die Verantwortung für Personal und Lehrpläne trägt der Freistaat Bayern. In einigen Städten gibt es darüber hinaus ein kommunales Schulwesen.

An diesen kommunalen Schulen entscheidet die Gemeinde über das Lehrpersonal, muss allerdings auch einen Teil der Personalkosten tragen. Nach wie vor ist die Bezuschussung durch den Freistaat höchst unzureichend – in einer Stadt wie Nürnberg ist der relative Zuschussanteil des Freistaats bei Privatschulen höher als bei kommunalen Schulen. Das Konnexitätsprinzip verpflichtet den

Freistaat, für Aufgaben, die er an die Kommunen überträgt, eine ausreichende finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister der großen Städte mit kommunalem Schulwesen haben nicht umsonst mehrfach an die Landesregierung appelliert, das Konnexitätsprinzip im Schulwesen endlich angemessen zu berücksichtigen. Dass dies bis heute nicht ausreichend geschehen ist, hat dazu geführt, dass der Nürnberger Stadtrat entschieden hat, seine kommunalen Schulen mittelfristig an den Freistaat abzutreten, um sich von der immensen finanziellen Belastung zu befreien.

Die Schulstruktur und die Lerninhalte werden durch die Staatsregierung vorgegeben. Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten auf die Bildungspolitik durch die Kommune sind entsprechend bescheiden. Dennoch lohnt es, sich mit dem Thema Bildung auch als Kommunalpolitikerin oder Kommunalpolitiker zu befassen. Bei der Einführung von Ganztagschulen bzw. einzelnen Klassen mit Ganztagsbetreuung sind es etwa die Kommunen, die Pionierarbeit leisten und dem Wunsch vieler Eltern und den Empfehlungen renommierter Pädagogen zuerst gefolgt sind.

Gerade an kommunalen Schulen gibt es außerhalb der vorgegebenen Lehrpläne eine Menge Chancen, den Schulalltag für Schülerinnen und Schüler so zu gestalten, dass sie mehr Freiräume erhalten, dass sie sich stärker entfalten und soziale Kompetenzen entwickeln können. Durch Zusatzangebote wie Wahlunterricht, durch Förderkurse für schwächere Schüler oder gemeinsame Schulprojekte kann hier zumindest zu einem geringen Teil kompensiert werden, was die Bildungspolitik der Staatsregierung mit einem veralteten und überfüllten Lehrplan, stetig steigendem Leistungsdruck und zu viel Selektion anrichtet. Durch die Schnittstellen mit der kommunalen Jugendpolitik können zudem die Orte außerschulischer Bildung, etwa Einrichtungen wie Horte oder Jugendzentren, mit in den Lernalltag der Schüler einbezogen werden. Konzepte wie die „Stadtteilschule“, die nicht nur Lernanstalt, sondern gesellschaftliches Zentrum innerhalb eines Bezirks sein soll, in dem sich Eltern, Schüler, Lehrer und die Anwohner begegnen können, gehen auf die erfolgreiche Nutzung solcher Schnittstellen zurück. Kommunen können viel zu einer solchen Öffnung der Schule nach außen beitragen.

Ein weiteres mögliches kommunales Projekt in Schulen kann der zusätzliche Einsatz von Schulpsychologen oder -sozialpädagogen sein. Immer noch sind davon zu wenige in den bayerischen Schulen zu finden. Und das, obwohl die schulischen wie familiären Probleme von Schülerinnen und Schülern eher zu- als abnehmen. Diese Probleme sind die Folge eines ständig steigenden Konkurrenz-

drucks innerhalb der Schule, aber auch aufgrund von sozialen Spaltungstendenzen in der Gesellschaft. Diese zunehmende soziale Spaltung führt dazu, dass immer mehr Kinder durch die finanzielle und soziale Lage ihres Elternhauses stark belastet zum Unterricht erscheinen – und entsprechend nicht so konzentriert arbeiten können wie andere. Auch im Bereich der Personalqualifizierung kann die Kommune Einfluss auf die Situation an Schulen nehmen. Regelmäßig geschulte Lehrkräfte können mit den Herausforderungen an der Schule weitaus besser umgehen, zudem sind moderne, fortschrittliche Unterrichtsmethoden nicht immer auch jedem Lehrer bekannt.

Nicht unerwähnt bleiben sollen außerdem die vielfältigen Angebote der Erwachsenenbildung, die die Kommune ihren Bürgern machen kann. Kollegs und Volkshochschulen bieten einer breiten Masse an Menschen die Möglichkeit, sich weiterzubilden und -qualifizieren, ohne dafür die horrenden Gebühren von privaten Bildungseinrichtungen aufbringen zu müssen.

Auch wenn sich also etliche Ansatzpunkte bieten, an denen die Kommune aktiv Bildungspolitik betreiben kann – letztlich ist auch diese meist dem Sparzwang unterworfen, den sich die meisten Gemeinden auferlegt haben oder auferlegen mussten.

Solange der Freistaat nicht willens ist, sich ausreichend an den Kosten für die Bildung zu beteiligen, werden viele Ideen in den Kommunen letztlich auch nur Ideen bleiben.



**Sonja Wild**

Nürnberg

Volontärin in einer PR-Agentur

Funktion:  
stellvertretende Juso-Landesvorsitzende

# Ich nähme die Wahl an

Quelle: Toni Lauerer – „Hauptsach', es schmeckt“

Der Autor ist politisch neutral.

I kandidier jetza für'n Kreistag! Auf Drängen zahlreicher Parteifreunde. Sie hams zwar ned direkt gsagt, dass i kandidiern soll, owa des kenntma ja an da Art wia's schau'n. De hammand mi ogschaut wia an typischen Kandidaten.

I hob lang überlegt, ob i kandidiern soll, weil man hod ja als engagierter Bürger an Haffa andere Verpflichtungen: Fernsehschaun, Schofokopfa, Rasenmahn. Owa mei, was willma mocha, wennma aso gedrängt wird. I hob dann gsagt: „In Gott's Nam', schreibts mi draaf aaf d'Listn! Da Plotz is mir völlig wurscht.“

Dann hams mi aaf Listenplatz 52 vorgseng. Also, so wurscht isma dann aa wieder ned. I hob zum Ortsvorsitzenden gsagt: „Lus aaf“, hob i gsagt, „im Prinzip spielts zwar koa Rolle, wo i steh, owa aaf 52 is nix!“

Aaf 52 kinnans vielleicht irgend an Hamperer hisetzn, den was koana kennt, owa doch ned mi. I bin seit 13 Johrn stellvertretender Kassenprüfer vom Schützenverein und steh als solcher im Licht der Öffentlichkeit! Außerdem wor i in de letzn Wochen zwoamol in da Zeitung. Oamol, weil i beim Preisschofokopfa Letzter wordn bin und oamol, weil's mi innerhalb vo da Ortschaft mit 81 Sachen blitzt ham. Beim Blitzn is allerdings da Nam' ned dabeigstandn, bloß „ein hiesiger Bürger“. Aaf jeden Fall is da 52. Plotz für oan wia mi indiskutabel.

Da Ortsvorsitzende hod dann zu mir gsagt, dass i bedenka soll, dass de hintern Platz billiger waarn, vorn kost's mehr, de Kandidatur.

Ja, was glaubt denn der? Glaubts der, i konnma koa Kandidatur ned leisten? Wenn i scho kandidier, dann soll a Hunderter hi sa, des is mir wurscht!

Da Vorsitzende hod gmoant, a Hunderter wird owa bestimmt ned glanga.

Des is mir aa wurscht. Wenn d'Kuah hi is, soll's Keibl aa hi sa. Notfalls moch i 120 Euro aa no locker! Dann kriagt holt mei Bua sei neis Radl erst naxts Jahr. Guat heier hätt' er zwar Firmung, do waars eigentlich angebracht, owa sei Freid is natürlich dann naxts Jahr umso größer, wenn er koa Firmung hod und trotzdem a Radl kriagt. Und außerdem hod er dann an Voda, der was eventuell Kreisrat is. Des is doch für an so an Buam a Riesnsach'!

Da Vorsitzende hod mi dann gfragt, was i mir für an Plotz aaf da Listn vorstelln daadert.

„Mei“, ho i gsagt, „im Prinzip is ja ned so wichtig, weil mi d'Leit als stellvertretenden Kassenprüfer vom Schützenverein sowieso kennand, owa besser als 52 sollterts scho sa. I hättma's holt a wenig weiter vorn vorgstellt, so Nummer drei oder eventuell vier. Im äußersten Notfall gang aa fünf.“

Er hod gsagt, des is unmöglich. Des waar nur möglich, wenn's mindestens fünf erste, fünf zwoate und fünf dritte Platz' gebn daad. Und dann waars no schwierig.

„Ja worum denn?“, hob i gfragt. „Wer soll denn do aller hi aaf de Plätze?“

Da Vorsitzende hod dann behauptet, dassma in da heitigen Zeit bestimmte Gruppen einfach ned verprelln derf. De muaßma vorn platziern, well's sunst an Eklat gibt.

Zum Beispiel de Frauen. Er sagt, du brauchst in da heitigen Zeit einfach im vorderen Bereich eine Frau, sunst bist du verratz. „Des is a Schmarrn!“, hob i gsagt. „I kenn' oan, der hod a Frau. Und seit er de hod, hod er im vorderen Bereich Probleme!“

Owa des hod da Vorsitzende nicht ernst gnumma. Er hod gsagt, er moint ja des politisch, ned körperlich. Privat brauchtmä natürlich koa Frau, owa politisch unbedingt.

Wosma aa no braucht, is de Landwirtschaft. Da Bauernverband, wenn gega di is, dann host scho verspielt.

Und d'Jugend! Ohne Jugend geht vo Haus aus nix. D'Jugend is nämlich de Zielgruppe an sich!

Und d'Senioren sowieso. D'Leit werdn allaweil älter, und wenn's in da Rente san, hams Zeit.

Essn derfas nimmer alles, Alkohol sollns aa koan trinka, sexuell wirds aa staada, also, was duat dann a älterer Mensch? Nacha geht er zum Wähln, dass er wenigstens a Kreizl mocha derf, wenn er scho sunst nix derf. D'Senioren wenn di wähl'n, des is scho de holberte Miete!

Ned vergessn derfma natürlich d'Geschäftsleit, de san aa a Zielgruppe. Und d'Singles! Und de Alleinerziehenden. Und d'Feierwehr!

„Und de brauchan alle an Plotz ganz vorn aaf da Listn?“, hob i gfragt.

„Genau“, hod da Vorsitzende gsagt. „Und des is unser Problem!“

„Ja wenn des aso is“, hob i gsagt, „dann waar da ideale Kandidat a 19-jähriger alleinerziehender weiblicher Landwirt mit Seniorenpass, der was nebnbei no a Gschäft hod und Feuerwehrrkommandant is.“

Da Vorsitzende hod ganz feichte Augn kriagt und gsagt: „Des waar ein Traum! Owa bis jetzn hamma so oan ned gfoundn.“ Aaf jeden Fall, langer Rede kurzer Sinn: Nach zähen Verhandlungen, i wor knallhart, hob i mi dann vo Plotz 52 aaf Plotz 47 virekämpft. Samma uns ehrlich: Aaf 52 hätt' i null Chance ghod, obwohl i stellvertretender Kassenprüfer bin. Aaf 47 schaut's scho deitlich besser aus. Allerdings brauchtmä a Strategie. I hobma denkt: „Worum wirdma gewählt?“

Erste Möglichkeit: Weilma guat ausschaut und de Stimmen vo de Frauen kriagt. I will ehrlich sa: De Möglichkeit scheid' bei mir praktisch aus. Owa es gibt aa andere Strategien: Zum Beispiel konnmas oft an Orte seng lassn, wo viel Leit san, zum Beispiel am Bahnhofsklo. Owa des is aaf Dauer a wenig enkelhaft.

Ideal is a Bank. Do wirdma nämlich scho vo Weitem mit Namen begrüßt, was am Bahnhofsklo nicht da Fall is. I hob vor meiner Kandidatur am Monatsanfang 500 Euro abghobn und de hammand's ganze Monat glanga miaßn. Jetza, als Kandidat Nr. 47, hol i mir jedn Dog an Zwanzger, dass mi d'Leit segn. Und jedn Dog sogn de Bankangestellten: „Grüß Gott, Herr Lauerer!“ Und alle Leit schan her zu mir und denkanse: „Ah, da Lauerer holt wieder sein Zwanzger!“ Sowos is stimmenmäßig mehr wert als jeds Zeitungsinserat!

Des Gleiche gilt natürlich aa für Geschäfte, weil do san aa etliche Leit drin. In manche san bloß wenig drin, owa do geh i dann aa ned eine, weil des bringt ja nix. Extrem guat san Bäckereien am Samstag in da Fria. Do gehts rund! Manchmal is direkt a Stau, und des nutz i natürlich aus. Do konnma beim Osteln leicht amol a politische Aussage unterbringa. Zum Beispiel hod vorigs Mol, wia i im Semmelstau gstandn bin, der Mo vor mir zu mir gsagt: „No, Herr Lauerer, aa scho unterwegs heit!“ Und i hob de Lage ausgenutzt und hob gsagt: „De Rauschgiftdealer, de daad i alle verraama! Und zwar auf Nimmerwiedersehen! I sog bloß: Rube ab!“

Wos glauben Sie, wia de Leit alle gschaut ham! Mir sowos ham de nämlich ned grechnet. Owa i bin mir sicher, dass de mi alle wähl'n, weil de werd'nse denka: Da Lauerer, den konnma wähl'n, der raamt aaf mit dem Gschwerl!“ Sowos is mehr wert wia tausend Plakate. Aaf denen schautma ja sowieso meistens aus wia a Verbrecher oder a glatter Depp.

Schecht is, wenn des passiert, was mir letzn Samstag passiert ist: I geh in d'Bäckerei eine, san 11 Kunden drin. Owa nicht ein Normaler, lauter Kandidaten! Des bringt natürlich überhaupt nix, weil oa Kandidat den andern ned wählt. Do gilt nach wie vor de olte Kandidatenweisheit: „Gscheida is, mei Stimm verfolgt, bevorsase a anderer holt!“

Selbstverständlich geh i ned nur in oa Bäckerei. Man muaß scho wechseln, dassma zu mehr Wählern Kontakt kriagt. D'Semmeln hol' i do, d'Brezn durd und Gebäck beim dritten Bäcker. Do konns scho amol passiern, dass mei Familie da hoam a Stund vorm lauworma Kaffä sitzt und aaf mi bzw. aaf d'Semmeln wort. I hobs meiner Frau scho gsagt: „Dua di ned owe, noch da Wahl gibts Frühstück wieder vor elfe!“

Apropos mei Frau: De kafft d'Wurscht immer beim gleichen Metzger! I hob' gfragt, worum sie des duat. „Weil der de beste Wurscht hod!“, hods gmoant. Aso ein Schmaarn! Wos nutzt denn mir de beste Wurscht, wenn i ned gewählt wird? Der konn hundert Mol de beste Wurscht hobn, owa er hod bloß drei Stimmen für mi. Ich brauch aa de Stimmen vo de andern Metzger.

Für a guats Wahlergebnis, do muaßma scho amol a wassrige Weißwurscht oder a fetts Wammerl owedrucka. Erstens gibts Mogntablettn, und zwoatns sog i allaweil: „Liawa amol den Mogn verrenkt, als eine Metzgerstimme verschenkt!“

Ja, und dann muaßma natürlich do hi geh, wo de Jugend is. Weil da Jungwähler, der is orientierungslos und wählt den, den wosa kennt. Und drum wor i letzte Wocha in da Disco. Owa i glaub, des hod ned viel brocht. Scho de Preise! Do hod a kloans Cola in Euro mehr kost wia bei uns im Stammwirtschhaus a Maß Bier in Mark!

Außerdem wors so finster, dass mi sowieso koaner gseng hod. Und drittens hätt's bold an Eklat gebn, weil da Geschäftsführer vo da Disco, a gwisser Ibn Yussuf Ben Salesch, gmoant hod, i bin a Ecstasy-Dealer, wia i mei Blutdrucktablettn gnumma hob. Also insgesamt gseng: D'Jugend hob i politisch ned erreicht.

I wollt dann im Altenheim vorbeischaun zwecks de Seniorenstimmen. I hob mi am Empfang a wenig umgeschaut, weil grad neamad do wor. Dann kimmt a Schwester daher und fragt mi, ob i ebba mei Zimmer nimmer find. Also des is doch eine Unverschämtheit! Do willst di als junger, dynamischer Kandidat vorstellen, und dann sowos! Wenn des aso is, dann geh i wieder! Dann seng mi holt de Senioren ned. Selber schuld! I wor momentan direkt demotiviert.

A guada Freind vo mir hod gsagt, man muaß heitzudogs an Wahlkampf anderst aafziagn, weilma mir eine Mediendemokratie san. Man muaß wos Spektakulärs mocha. Ebbs, was neamad erwartet.

Zum Beispiel nockert über'n Stodtpoltz laffa. Früher wor des no a Skandal, heit is a Event. I hob lang überlegt, ob i des mocha soll, weil irgendwie is ja doch a wenig peinlich. Owa dann hob i mir denkt: „Jede Stimme is wertvoll, grennt wird!“

Und dann howes gmocht: I bin pudelnockert über'n Stodtplotz grennt. Und wenn i ehrlich bin: Es wor gor ned so schlimm, wia i befürchtet hob. Mei, in da Fria um holwe viere san ja aa kaum Leit am Stodtplotz. Genauer gsagt, i hob überhaupt koan gseng. Ob mir de Aktion Stimmen brocht hod, woab i ned. A gscheide Blasenentzündung hod's mir aaf jeden Fall brocht. I muaß alle 10 Minuten biesln. Owa des is gor ned so schlecht, weil am Klo trifftma allerhand potentielle Wähler.

Man kann natürlich aa no andere spektakuläre Sachen mocha, owa zum Deppen möcht i mi wega a poar Stimmen aa ned mocha. I hob inzwischen zwoa Zentn Fleisch und Wurscht in da Gfriertruah und mindestens 100 Semmeln. Des kimmt einfach zamm, wennst täglich bei drei Bäcker und vier Metzger verkehrst. Jeden zwoatn Dog hob i an drumm Rausch, weil i zwecks Stimmenfang stundenlang im Wirtschhaus sitz. Vo de Lokalrundn, de wos i schmeiß', will i gor nix sogn! Und mei Hausarzt moint scho, dass i spinn, weil i dauernd daherkimmt, obwohl mir gor nix faahlt. Owa a volls Warte zimmer is natürlich stimmenmäßig hochinteressant.

Wenn des alles nix hilft, dann woab i aa nimmer.

In da Zeitung hob i glesn, man muaß im Prinzip drei Eigenschaften hobn, dassma gewählt wird: Jung, dynamisch und kompetent! Meine Stammtischbriada sogn, de erfüll' i zwar ned haargenau, owa wenigstens annähernd: Weil i bin dumm, damisch und korpulent. Immerhin!



Toni Lauerer

Autor des Buches:  
„Hauptsach', es schmeckt“  
ISBN 3-934863-08-6



Zuerst die Listenaufstellung ...

Geschafft. Der Drucker spuckt gerade meine ersten Visitenkarten aus. Das war ja auch ganz leicht, ich hab einfach die Musterkarte von der BayernSPD genommen und schon bin ich Besitzerin von 2000 Visitenkarten. Groß darauf zu lesen ist, dass ich Stadträtin werden will. Jetzt muss ich die nur noch unters Volk bringen und schon kann ich ab März die Zukunft meiner Gemeinde gestalten. Ich schau noch mal auf die Karten, stelle fest, dass ich mich nicht verschrieben oder vertippt hab'. Schön, die Karten sehen gut aus, dann kann es ja jetzt losgehen.

Meine Vorsitzende Renate Rot schickt immer einen Kalender. Darin sind alle wichtigen Termine enthalten. Ortsvereine veranstalten Federweißennachmittage, andere haben ihren Stammtisch, oder es gibt Seniorennachmittage. Wenn ich auf jeder Veranstaltung 50 Karten verteile, dann hab ich jetzt für 40 Veranstaltungen Visitenkarten. Wählt mich jeder beziehungsweise jede Zweite, dann sind das ja schon 1000 Stimmen. Geben mir alle drei Stimmen, dann sind das ja schon 3000 Stimmen. Aber wäre mehr nicht besser? Sollte ich gleich noch mehr Visitenkarten ausdrucken? Vielleicht auch noch Werbekugelschreiber bestellen? Beim Blick auf die Preise beschließ' ich, erst mal keine zu bestellen. Außerdem muss ich los, um nicht unpünktlich zu sein. Schließlich hab ich den Tipp bekommen, nie zu spät zu kommen. Wähler mögen so was nicht, hieß es. Also gut, dann müssen die 2000 Stück erstmal reichen.

Ein Ortsverein hat zum Federweißabend eingeladen. Auf den Tischen sind Gläser mit SPD-Fahnen und roten Servietten. Hier bin ich also richtig. Aber zu Beginn sind erst 20 Menschen da. Aus dem Radio kommt Volksmusik. Na wunderbar, denk ich mir, so lang ich nicht noch mit-schunkeln muss. Der Ortsvorsitzende Franz Huber kommt auf mich zu und begrüßt mich. „Das Wetter ist zu gut,“ meint er, „da wollen sich die Menschen nicht in einen Raum setzen.“ Das stimmt wohl, denke ich mir. Aber von den Anwesenden kennen mich alle, ihnen jetzt eine Visitenkarte in die Hand zu drücken, bringt wohl nichts. Ich muss sie doch an Menschen bringen, die mich noch nicht

# EINE NICHT GANZ ERNSTZUNEHMENDE REPORTAGE

kennen. Ich hoffe, dass später einfach noch ein paar Anwohner kommen. Nach dem dritten Federweißen und dem vierten Zwiebelplotz sind aber noch immer keine Anwohner gekommen. Fraktionschefin und Vorsitzender haben schon mal ihre Grußworte gesprochen. Die Rede war gut, aber eigentlich die gleiche, wie bei der Listenaufstellung.

Auf dem Heimweg wird mir klar, dass ich so meine 2000 Visitenkarte wohl nie loswerde. Aber wie schaffe ich es denn? Es heißt ja immer, wir sollen im Gespräch mit den Bürgern sein. Soll ich jetzt einfach aufstehen und dem älteren Herrn am Nachbarsitz und dem Busfahrer meine Visitenkarte in die Hand drücken? Ich überlege, wie ich mit ihnen ins Gespräch komme, ein einfaches „Hallo Sie, wählen Sie mich!“, reicht wohl nicht. Ich sag einfach meinen Namen, dass ich auf der SPD Liste kandidiere und für unsere Stadt was bewegen will. Das klingt doch gut. Dazu nett und freundlich sein und schon müsste ich den ersten von mir und der SPD überzeugt haben. Aber ich habe Pech, gerade als ich aufstehen will, steht auch der Mann auf, um auszusteigen. Mist, da war ich zu langsam. Allerdings muss ich zugeben, dass ich mit meiner Zwiebelbrot und meinem leicht angetrunken Zustand wohl nicht besonders überzeugend gewesen wäre.

Etwas frustriert gehe ich noch in meine Stammkneipe. Da ist der Empfang schon besser, in der Zeitung hätten sie mich alle gesehen. Du bist ja bei der SPD und kandidierst für den Stadtrat, stellt die Menge fest. „Wie bitte?!“, denke ich mir. Hören, die mir irgendwann auch mal zu? Schließlich hab ich doch erzählt, dass ich bei der SPD bin, dass ich kandidiere. Wer diskutiert denn hier immer und hält die rote Fahne hoch! Ich versuch souverän zu lächeln und sag, „ja klar kandidiere ich.“ Darauf erhalte ich wenigstens Zuspruch und das Versprechen von allen Anwesenden, mir drei Stimmen zu geben. Dann hätte ich ja schon mal 18 Stimmen, super. Visitenkarte gebe ich ihnen aber mal keine. Das wäre ja bei so guten Zuhörern reine Verschwendung.

Nachts überlege ich, wie ich an die Wählerinnen und Wähler komme. Ja klar, ich besetze den vorpolitischen Raum. Das ist doch das Entscheidende, sagen zumindest die alten Häsinnen und Hasen in meinem Ortsverein. Vorpolitischer Raum, also Vereine und Verbände. Ich muss leider feststellen, dass ich hier Nachholbedarf habe. Ich spiele nicht Fußball und bei der Freiwilligen Feuerwehr bin ich auch nicht. Beim Morgenkaffee finde ich auf der Homepage der Stadt alle Vereine. Oh Mann, das sind viele. Sozialverbände, Sportvereine und Fördervereine. Ja, so bekomme ich meine Visitenkarten auf jeden Fall

los. Ich werde jetzt einfach bei jedem Verein Mitglied. Dann sehen die, dass ich sie unterstütze und dann müssen sie mich ja auch unterstützen. Beim ersten Sportverein kann ich auch gleich online Mitglied werden. Name, Anschrift und Kontoverbindungsfeld sind schnell ausgefüllt. Aber wo ist das Feld für Kandidatinnen? Wie soll der Verein erfahren, dass ich Stadträtin werden will. Wo kann ich meinen Listenplatz eintragen?

Schon wieder überfällt mich ein leichter Zweifel. Mitgliedsbeiträge kosten viel Geld. Das ist doch nur sinnvoll ausgegeben, wenn die Mitglieder sagen: „Die Frau muss in den Stadtrat und wir unterstützen sie!“ Aber über meinen Onlineeintritt bekommen sie doch gar nicht mit, dass es mich gibt. Ich muss mir wohl was Neues einfallen lassen.

Die Rettung ist in meinen Posteingang. Mein Ortsvorsitzender Sepp Gruber plant einen „Bürgerstammtisch“. Das soll eine Möglichkeit sein, bei der Menschen über ihre Probleme und Sorgen reden. Wir hören es uns an und antworten dann bei einer zweiten Veranstaltung darauf. Super, denke ich mir, da kommen ja dann ganz „normale“ Menschen, das ist meine Chance. Natürlich sage ich ihm gleich meine Unterstützung zu. Schließlich müssen ja SPD-Fahnen und andere Deko aus der Geschäftsstelle abgeholt werden.

Zwei Wochen später ist es dann soweit. Am Anfang sind wir noch etwas pessimistisch, ob überhaupt Bürgerinnen und Bürger kommen. Aber zu Beginn sind immerhin 30 Leute da. Ich freu' mich schon, dass ich meine Tasche mit den Visitenkarten nicht umsonst mitgenommen hab'. Die Menschen erzählen von Verkehrslärm und schlechten Busverbindungen. Ich hab' mich zwar auch schon mal darüber geärgert, aber verändern wir so unsere Stadt? Wollen die keine bessere Wirtschaftspolitik und mehr Bildung für ihre Kinder? Mein Ortsvorsitzender schreibt sich die Namen und Adressen auf. Er verspricht, sich darum zu kümmern. Kann er ja auch leichter, weil er schon im Stadtrat sitzt. Natürlich verteilt er seine Visitenkarten, damit die Menschen nachfragen können. Jetzt ist wohl der richtige Zeitpunkt auch meine Karten zu verteilen. Aber Sepp rät mir ab. Zwei Karten verwirren die Menschen, sie haben doch schon seine. „Ja gut, dann halt nicht.“, stammler ich noch raus und bin erstmal wütend. Wie soll ich denn bekannt werden, wenn ich meine Visitenkarten nicht verteilen darf?

Sepp beruhigt mich. Schau mal, ich hab den Menschen doch während der ganzen Veranstaltung gesagt, dass wir mehr SPD-Stadträte brauchen. Ich hab dich als große



... und dann ran an den Bürger

Hoffnung begrüßt, das passt dann schon, meint er. Ich bin davon aber nicht so überzeugt. Sepp gibt mir Recht. „Dann machen wir halt gemeinsam Hausbesuche“, sagt er.

Am darauf folgenden Samstag bereue ich schon wieder meine Beschwerde. Sepp und ich treffen uns um acht Uhr morgens. Beide haben wir einen Stoffbeutel dabei. Jeweils sind unsere Visitenkarten, Block und Stift und irgendein Zettel von der Bundes-SPD drin. „Unser Flyer kommt erst in sechs Wochen“, meint er, „irgendwas müssen wir ja verteilen.“ Wir legen los. An der ersten Tür tut sich nichts. Die schlafen wohl noch – die haben Recht, denke ich mir. An der zweiten Tür öffnet uns eine Gestalt. Die sieht eher danach aus, als ob sie vor einer Stunde dem Nachtleben entsprungen wäre. Begeisterung lösen wir bei ihr nicht aus. Wir hinterlassen unsere Karte und wünschen eine gute Nacht. An der dritten Tür haben wir mehr Glück. Ein Vater mit Baby auf dem Arm öffnet uns. Wir erzählen ihm kurz wer wir sind, auch dass wir uns für bessere Bildung und Betreuung einsetzen. „Ach ja“, kommt mit etwas Zweifel zurück. „Für meine Tochter hab ich gerade noch Büchergeld bezahlt, was wird denn damit?“ fragt der Mann. Er glaube uns zwar, dass wir seine Stimme wollen, aber nicht, dass sich die Politiker noch um die Nöte der Menschen kümmern. Sepp erzählt ihm von der letzten Stadtratssitzung. Ich schreibe mir seine Adresse und Namen auf und verspreche ihm mich zu melden, wenn klar ist, was mit dem Geld passiert. Die Tür geht wieder zu. „Das musst du auf jeden Fall machen“, sagt Sepp. Selbst wenn es eine schlechte Nachricht ist, oder wenn die Zeitung schon mal darüber geschrieben hat. Nur so bleibe die SPD und ich in guter Erinnerung.

Um 15:30 Uhr hören Sepp und ich mit unseren Hausbesuchen auf. „Um die Zeit wollen alle Fußball schauen und nicht genervt werden. Wir sollten nächsten Samstag auch etwas später anfangen.“ Das war Sepps Manöverkritik. Ich bin müde. Ich habe 20 Karten verteilt und muss 5 Menschen antworten. Ich merke, Wahlkampf ist hart. Nächste Woche treffen wir Jusos uns, um Aktionen zu planen. Noch mehr Arbeit, aber das wird sich hoffentlich auch alles lohnen.



**Marietta Eder**

Schweinfurt

Abgeordnetenmitarbeiterin

Funktion:  
Mitglied des  
Juso-Landesvorstandes



**GRETCHEN**

# Pionierinnen in der Kommunalpolitik

## Louise Schroeder

02.04.1887 bis 04.06.1957

Louise Schroeder gehörte 1919 der verfassunggebenden Weimarer Nationalversammlung und anschließend bis 1933 dem Reichstag an. Nach Kriegsende wurde sie Bürgermeisterin in Berlin und schließlich von 1947 bis 1948 Berliner Oberbürgermeisterin. Schroeder setzte sich besonders für Sozialpolitik und die Gleichstellung der Frauen ein.

## Anne Mevissen

24.10.1914 - 13.07.2006

Mevissen wurde 1947 in die Bremer Bürgerschaft gewählt. 1951 berief Bürgermeister Kaisen sie als Senatorin für das Jugendwesen. Bald wurde sie stellvertretende Regierungschefin, sie war die erste Frau in Deutschland, die ein solches Amt innehatte. Sie blieb in dieser Funktion bis 1975 im Bremer Senat. Während ihrer Amtszeit war sie eine unermüdliche Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Durch sie wurde Bremen Schrittmacher für Obdachlosenhilfe und Altenarbeit.

## Christa Meier

\* 06.12.1941

Christa Meier war die erste Oberbürgermeisterin Regensburgs und damit Bayerns. Sie wurde 1972 in den Regensburger Stadtrat gewählt, dem sie bis heute angehört. 1978 zog sie in den bayerischen Landtag ein. 1990-1996 war sie Oberbürgermeisterin von Regensburg. Während ihrer Amtszeit wurden Tausende von Wohnungen gebaut, ebenso Kindergärten und Krabbelstuben. Die "Mittagsbetreuung" ist eine Regensburger Erfindung aus ihrer Zeit, ebenso wie ein bundesweit beispielgebendes Abfallwirtschaftskonzept.

## Luise Albertz

22.06.1901 - 01.02.1979

Luise Albertz war die erste Oberbürgermeisterin in Deutschland. Von 1946 bis 1948 und seit 1956 bis zu ihrem Tode war sie Oberbürgermeisterin von Oberhausen. Außerdem war sie von 1947 bis 1950 Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen und von 1949 bis 1969 Mitglied des Bundestages. Dort war sie von 1949 bis 1959 Vorsitzende des Petitionsausschusses. Wegen ihres großen Einsatzes in dieser Position wurde sie "Mutter der Bedrängten" genannt.



**André Pöhler**

Bayreuth

Rechtsanwalt

Funktion:

Mitglied des  
SPD-Landesvorstandes